Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 135. Donnerstag, den 12. Juni 1913. 20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Neue Ziele der deutschen Arbeiterversicherung.

Mit dieser Aufgabe beschäftigt sich der Präsident des Reichsversicherungsamtes Dr. Kaufmann in zwei Artikeln des „Tag“. Die Aufsätze richten sich gegen die Angriffe auf die Arbeiterversicherung, die als unberechtigt, als übertrieben bezeichnet werden. Die Tendenz der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes wird mit den neuen Zielen der Arbeiterversicherung begründet. Dr. Kaufmann schreibt:

„Es vollzieht sich in unserer Arbeiterversicherung ein folgenreicher Wandel, für den die neue Reichsversicherungsordnung weitere Entwicklungsmöglichkeiten geschaffen hat. In steigendem Maße beschäftigen das Reichsversicherungsamt und die Versicherungsträger Aufgaben, die über eine eigentliche Versicherung hinausgreifen und berufen scheinen, ihr Gesamtgepräge wesentlich umzugestalten. Man bemüht sich immer mehr, durch pflegliche Erhaltung und Steigerung der schaffenden Volkskräfte, nicht aus bloßer Lust am Sparen, die Zahl der Entschädigungsfälle zu verringern. Der Volkswirtschaft dürfen nicht ohne Not durch Aussicht auf arbeitsloses Einkommen Kräfte entzogen werden. Aus den Versicherungseinrichtungen sollen neue wirtschaftliche und sittliche Werte gewonnen werden, die auch Handhaben bieten, um unerfreulichen Begleiterscheinungen der öffentlich rechtlichen Versicherung erfolgreich zu begegnen. Wir streben dahin, die Versicherung in erster Linie schadenverhütend wirken zu lassen, damit sie in vollkommener und veredelterer Form und mit noch größerem Gewinn an wirtschaftlichen Lebenskräften ihren fürsorglichen Zweck den Arbeitern und der Gesamtheit gegenüber erfüllen kann.“

Schön gesprochen. Wer sollte mit diesen Grundsätzen nicht einverstanden sein? Wir Sozialdemokraten haben von jeher die Verhütung von Betriebsunfällen als eine der wichtigsten Aufgaben der Unfallversicherung bezeichnet. Unsere Kritik an der Handhabung des Gesetzes in den Parlamenten, in der Presse, in Versammlungen usw. fußt im wesentlichen auf dem mangelhaften Schutz der Arbeiter gegen Betriebsunfälle und Berufskrankheiten. In den Jahresberichten unserer Arbeitersekretariate steht unter den Beschwerden über die Durchführung der Unfallversicherung die Mißachtung des Arbeiterschutzes an erster Stelle. Welche Bedeutung die Gewerkschaften dem Arbeiterschutz beilegen, beweist die mit großen Kosten verbundene Beteiligung der Generalkommission der freien Gewerkschaften an der Internationalen Baufach-Ausstellung in Leipzig, mit einer Darstellung der beruflichen Gefahren der deutschen Industrie, wie sie in gleicher Fülle und Mannigfaltigkeit bisher noch niemals gezeigt wurde. Das ist ganz selbstverständlich, die Arbeiter haben Leben und Gesundheit so lieb wie alle anderen Menschen trotz des harten Daseins des weit überwiegenden Teiles ihrer Klasse. Diese Einschränkung vorausgesetzt, sind wir also durchaus einverstanden mit dem „Neuen Ziele in der deutschen Arbeiterversicherung“. Für uns sind das keine neuen Ziele, wir haben die Unfallverhütung und Unfallheilung von jeher als eine der wichtigsten Aufgaben der Unfallversicherung bezeichnet.

Die Unternehmer scheinen aber von diesen „neuen Zielen“ anderes zu erwarten. Das glauben wir schon aus dem Umstande schließen zu dürfen, daß die Bayerische Baugewerks-Berufsgenossenschaft sich in Unkosten stürzt, und die Nummern des „Tag“, welche die Artikel des Dr. Kaufmann enthalten, den Zeitungsredaktionen mit dem Ersuchen um Abdruck zustellen läßt. Die Baugewerks-Berufsgenossenschaft gehört nicht zu den Genossenschaften, die sich bis jetzt um den Arbeiterschutz besonders verdient gemacht haben. Die schweren Unfälle, die sich eben wieder beim Bau der Salachwerke ereignet haben, wo in zwei Tagen fünf Arbeiter das Leben verloren, beweist, wie schlecht es in Bayern immer noch um den Bauarbeiterschutz bestellt ist. Aber die Bayerische Baugewerks-Berufsgenossenschaft hatte stets eine feine Witterung für Maßnahmen, die geeignet sind, die Renten zu schmälern. Daß sie die Aufsätze des Präsidenten des Reichsversicherungsamtes der Presse zum Abdruck übermittelt, läßt „tief blicken“. Die Kundgebung des höchsten zur Durchführung der Arbeiterversicherungsgesetze bestellten Beamten kann aber auch zu Mißdeutungen begründete Veranlassung geben.

„Im steigenden Maße beschäftigte sich das Reichsversicherungsamt und die Versicherungsträger mit Aufgaben, die über eine eigentliche Versicherung hinausgehen und berufen scheinen, ihr Gesamtgepräge wesentlich umzugestalten“, so heißt es in dem Artikel. Dunkel ist der Rede Sinn. „Die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes hat das Gepräge der Unfallversicherung leider schon recht erheblich umgestaltet.“ Viele Unfälle, die nach Einführung der Unfallversicherung bedingungslos entschädigt wurden, werden nur noch unter ganz besonderen Erschwerungen als Betriebsunfälle anerkannt, z. B. Unterleibsbrüche. Andere Betriebsunfälle, wie Verlust des Auges, sollen gegenwärtig eine geringere Arbeitsbeschränkung zur Folge haben, wie vor zehn oder fünfzehn Jahren. Erwerbsbeschränkungen von weniger als zehn Prozent werden in der Regel gar nicht mehr entschädigt. Es wird angenommen, daß die Verletzten sich an den Zustand je mehr gewöhnen, je älter der Betriebsunfall ist; eine Theorie, die mit der Praxis häufig in scharfem Widerspruch steht. Mit der Rentenhysterie wird ein wahrer Unfug getrieben; Verletzte, die eine gesunde Gesichtsfarbe haben, werden häufig als Simulanten gebrandmarkt, wenn gleich für diese Annahme alle Voraussetzungen fehlen. Die Berichte der Arbeitersekretäre bieten reichhaltiges Material für die sich immer ungünstiger gestaltende Rechtsprechung in der Sozialgesetzgebung. Soll in dieser Richtung weiter „umgestaltet“ werden? Fast muß man es annehmen. Denn im obigen Zitat aus den Aufsätzen Dr. Kaufmanns heißt es auch: „Der Volkswirtschaft dürfen nicht ohne Not durch Aussicht auf ein arbeitsloses Einkommen Kräfte entzogen werden.“ Das ist eine sehr bedenkliche Aeußerung aus dem Munde des Präsidenten des Reichsversicherungsamtes. Von den Gegnern jeder Entschädigung der Betriebsunfälle wird dieser Satz aufs neue dazu benutzt werden die Unfallrentner, soweit sie nicht einen Arm oder ein Bein verloren haben, als Simulanten zu verdächtigen, die sich ein „arbeitsloses Einkommen“ verschaffen oder erhalten wollen. Herr Dr. Kaufmann rühmt dem ersten Präsidenten des Reichsversicherungsamtes nach, daß man in seiner Zeit es verstanden habe, „Rechts- und sozialpolitisches Empfinden glücklich zu vereinigen“. Diese Fähigkeit scheint Dr. Bödicker mit ins Grab genommen zu haben.

Was Dr. Kaufmann über das Heilverfahren der Berufsgenossenschaften schreibt, bedarf auch der Einschränkung. So wenn es in seinen Aufsätzen heißt:

„Um Leben und Gesundheit der Arbeiter möglichst zu erhalten, haben die Berufsgenossenschaften immer häufiger von der Befugnis, an Stelle der Rente bis zum beendigten Heilverfahren freie Kur und Verpflegung in einem Krankenhause zu gewähren, Gebrauch gemacht In mustergültigen eigenen und fremden Krankenhäusern gewährten sie den Arbeitern kostenlos eine Heilbehandlung, welche den Anforderungen der neuesten Errungenschaften der ärztlichen Wissenschaft un dErfahrung entspricht. Nachdem das Reichsversicherungsamt Ende 1911 hierüber besondere Leitsätze aufgestellt hatte, übernahmen auch die Berufsgenossenschaften in erheblich größerem Umfange als früher freiwillig das Heilverfahren innerhalb der sogenannten Wartezeit, den ersten dreizehn Wochen nach dem Unfall. Die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung, durch welche die Frühbehandlung der Berufsgenossenschaften eingehender als bisher geregelt wurde, lassen hier weitere Fortschritte erhoffen. Besonders für die Bekämpfung der Rentenhysterie wird es von Wert sein. Das Eingreifen der Berufsgenossenschaften während der dreizehnwöchigen Wartezeit, die Thiem einer unheilbringenden Pandorabüchse verglichen hat, verbürgt ein von vornherein einheitlich geplantes Heilverfahren, und dadurch in der Regel einen rascheren, vollkommeneren und weniger kostspieligen Erfolg.“

„Weniger kostspielig“, das war bisher das treibende Motiv der Berufsgenossenschaften bei der Heilstättenbehandlung. Die „Pandorabüchse der dreizehnwöchigen Wartezeit“ stinkt schon bald 30 Jahre zum Himmel, die Berufsgenossenschaften haben sich aber noch nicht bewogen gefühlt, den Krankenkassen diese Last abzunehmen. Nur in vereinzelten Fällen geschieht es, wenn die Berufsgenossenschaften die Garantie haben, daß sich dabei das Gesamtverfahren „weniger kostspielig“ gestalten wird. Von den Beschwerden der Verletzten über die Behandlung und Beköstigung in den berüchtigten Rentenquetschen scheint der Vorsitzende des Reichsversicherungsamtes noch nichts gehört zu haben. Ob das uneingeschränkte Lob, das Dr. Kaufmann den Heilstätten der Berufsgenossenschaften spendet, zur Besserung der Mißstände in diesen Krankenhäusern beiträgt, möchten wir sehr bezweifeln. Es klingt wie eine Ermunterung, an diesem vielfach angefochtenen System nicht zu rühren. Wenn der Vorsitzende des Reichsversicherungsamtes den Zweck verfolgen sollte, mit seinen Artikeln im „Tag“ die „neuen Ziele der deutschen Arbeiterversicherung“ den Arbeitern mundgerecht zu machen, dürfte seine Arbeit verfehlt sein. Was den Arbeitern auf dem Gebiete der Sozialversicherung nottut, ist so oft und so eingehend in ihrer Presse, in Petitionen, in Versammlungen und sonstigen Kundgebungen gesagt worden, daß darüber niemand im Zweifel sein kann. Für den Präsidenten des Reichsversicherungsamtes wäre es ein verdienstvolles Unternehmen, die Forderungen de rArbeiter zu unterstützen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Bitte des Kanzlers.

Herr v. Bethmann-Hollweg war gestern zu Beginn der Sitzung im Reichstag erschienen, und seine Anwesenheit ließ schon erraten, daß er zu der Volksvertretung sprechen wollte. Es verbreitete sich auch bald im Hause das Gerücht, daß er eine kurze Erklärung abgeben würde, aber seine Vertrauensmänner wußten über ihren Inhalt nichts anzukündigen. Man vermutete, daß er in die komplizierte Situation und in die große Ungewißheit ein ernstes Wort werfen würde. Vielleicht sollte der Reichstag gar etwas über die Absicht der Regierung hören, wenn ihre Forderung keine Anerkennung finden sollte.

In diesen Tagen ist überall, in den Wandelgängen des Reichstags und in der Öffentlichkeit, soviel über die Möglichkeit einer Reichstagsauflösung gesprochen worden, daß man mit Recht erwarten durfte, Herr von Bethmann-Hollweg würde sich deutlich aussprechen, möglicherweise sogar die hinter den Kulissen genügend angedeutete Drohung in klare Worte fassen.

Die Drohung blieb aus. Der Reichskanzler bat nur in dringenden Worten die Einigung über die strittigen Fragen der Deckung zustande zu bringen, und er schloß seine Rede mit der Aufforderung, die zwar unbeabsichtigt, aber doch charakteristisch genug auf die Kompromißvorbereitungen hinwies: „Lassen Sie uns handeln“. Die Vieldeutigkeit dieses Ausdrucks lockte manchen Zuruf und manches Lächeln hervor.

Herr v. Bethmann-Hollweg war im Tonfall energischer als sonst, aber bei der aufmerksamsten Untersuchung seiner Rede vermißt man die Energie in ihrem Inhalt. Wohl sprach er von den letzten Konsequenzen, zu denen die Regierung gehen würde, wohl sprach er einmal auch von seiner Kampfeslust, aber das war kaum mehr als eine rethorische Ausschmückung seiner ernstgemeinten Bitte, das Kompromiß in der Steuerfrage endlich zu schaffen. Die Nationalliberalen, an die sich diese Mahnung wohl hauptsächlich gerichtet haben wird, werden die Hoffnung des Kanzlers kaum enttäuschen wollen.

Daß Herr v. Bethmann-Hollweg alle Aussicht hat, die baldige Erfüllung seiner Wünsche zu erleben, dafür hatte die vorhergegangene Verhandlung bereits zahlreiche Anzeichen enthalten. Als erster Redner aus dem Hause sprach Herr Erzberger, der freilich den Grundsatz wiederholte, wie ihn seine Partei zur Vermeidung der Erbschaftssteuer neuerdings entdeckt hat: die Ausgabe darf nicht ohne die gleichzeitige Erledigung der Deckung bewilligt werden. Im übrigen jedoch war der Zentrumsredner so nationalliberal wie nur möglich, und in zahlreichen Angriffen gegen die Sozialdemokratie verteidigte er die Regierungsvorlage mit feurigem Eifer. Umgekehrt war Herr Semler, der ihm folgte, nach Möglichkeit im Geiste des Zentrums, wenn er am Schluß seiner unbeholfenen Rede das dringende Verlangen ausdrückte, die bürgerlichen Parteien sollten sich in der Deckungsvorlage vertragen und unter sich keine Sieger und Besiegte schaffen. Nach dem konservativen Herrn v. Puttlitz hielt Herr Dr. Müller-Meiningen eine Rede für die Militärreformen und für die Vorlage, wobei er geschmacklos genug war, seinen Bewilligungseifer hinter kleinlichen Verdächtigungen der Sozialdemokratie zu verbergen, der er in unklaren Anspielungen vorwarf, in der Kommission ganz anders als im Plenum gesprochen zu haben.

In später Abendstunde — nach Herrn v. Liebert und dem Welfen Colshorn — nahm noch Herr Bassermann das Wort. Er erbrachte schon den Beweis, daß die Ermahnungen des Kanzlers nicht vergeblich gewesen sind. Was er über die Deckung sagte, war kaum bestimmender als die Worte des Herrn Dr. Semler. Er begnügt sich mit einer Reichsbesitzsteuer, die den größeren Teil des Hauses befriedigt, und er wünscht ausdrücklich für diese Steuer die Einigung, auf die seit einigen Tagen ein Kuhhandel hinarbeitet. — Heute zu Beginn der Sitzung kommt Genosse Ledebour zu Wort.

Das Wahlurnengesetz.

Im „Reichsanzeiger“ vom Dienstag wird die Abänderung des Reichstagswahlreglements in nachstehender Fassung bekannt gegeben:

I. § 11, Absatz 2 des Wahlreglements vom 28. Mai 1870 (Bundesgesetzbl. S. 27) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. April 1903 (Reichsgesetzbl. S. 202) erhält die nachstehende Fassung:

An diesen Tisch wird ein verdecktes Gefäß (Wahlurne) zum Hineinlegen der Stimmzettel gestellt. Die Wahlurne muß viereckig sein, im Innern gemessen muß ihre Höhe mindestens 90 Zentimeter und der Abstand jeder Wand von der gegenüberliegenden Wand mindestens 35 Zentimeter betragen. Im Deckel muß die Wahl-

urne einen Spalt haben, der nicht breiter als 2 Zentimeter sein darf, und durch den die Umschläge mit den Stimmzetteln hineingesteckt werden müssen. Vor dem Beginn der Abstimmung hat sich der Wahlvorstand davon zu überzeugen, daß die Wahlurne leer ist. Von da ab bis zur Herausnahme der Umschläge mit den Stimmzetteln nach Schluß der Abstimmung darf die Wahlurne nicht wieder geöffnet werden.

II. Absatz 4 der Anlage B zum Wahlreglement erhält die nachstehende Fassung:

An den Tisch, an welchem der Wahlvorstand Platz nahm, wurde ein viereckiges Gefäß mit Deckel zum Hineinlegen der Stimmzettel (Wahlurne) gestellt. Der Wahlvorstand stellte fest, daß die Höhe der Wahlurne, im Innern gemessen, ... Zentimeter, der Abstand jeder Wand von der gegenüberliegenden Wand . . . . Zentimeter und die Breite des Spaltes im Deckel der Urne . . . . Zentimeter betrug, und schloß die Wahlurne durch Auflegen des Deckels, nachdem er sich überzeugt hatte, daß sie leer war. Die Wahlurne wurde bis zum Schlusse der Abstimmung nicht wieder geöffnet.

Im Seniorenkonvent des Reichstages!

wurden am Mittwoch Dispositionen über die durch das Regierungsjubiläum beeinflußten Geschäfte in den nächsten Tagen getroffen. Es wird gewünscht, daß die Debatten über die Wehrvorlage bis Sonnabend zu Ende gehen. Darauf sollen Montag und Dienstag sitzungsfrei bleiben. Wird die Debatte über die Wehrvorlage Sonnabend jedoch nicht zu Ende geführt, dann wird nur der Montag freigegeben und am Dienstag die Debatte fortgesetzt werden. Am Sonnabend will der Präsident aus Anlaß des Jubiläums eine Ansprache halten, eine besondere Festsitzung soll jedoch nicht stattfinden. Im Laufe der nächsten Woche soll sodann das Staatsangehörigkeitsgesetz, das Gesetz über den Unterstützungswohnsitz, Wahlprüfungen und Petitionen auf die Tagesordnung gestellt werden.

Keine allgemeine Amnestie.

In der Presse wurde gemeldet, daß am 16. Juni eine allgemeine Amnestie für alle Verbrechen erfolgen werde und auch alle in Preußen zum Tode verurteilten Verbrecher, darunter auch Sternickel, begnadigt werden sollten. Die „Post“ erfährt hierzu, daß die Amnestie zwar ziemlich umfassend, nicht aber so allgemein sein werde.

Der „Gründer“ Graf Posadowsky.

In eine sehr unangebrachte Erregtheit versetzte sich am Dienstag im Reichstag der Abgeordnete Graf Posadowsky. Er schleuderte unserem Genossen Noske, der angedeutet hatte, Graf Posadowsky gehöre dem Gründungsausschuß der Atlaswerke an, mit Pathos entgegen, ein Abgeordneter dürfe auf eine Preßnachricht hin nicht solche Behauptungen aufstellen, wenn er sich nicht vorher gründlich sachlich unterrichtet hat.

Nun kommt das „Berliner Tageblatt“ mit einer niedlichen Entdeckung, indem es schreibt: „Selbst wenn man eine Verpflichtung anerkennen wollte, jede „Preßnachricht“ auf ihre Richtigkeit nachzuprüfen, würde das der Entrüstung des Grafen Posadowsky noch keine berechtigte Unterlage schaffen. Denn es handelt sich gar nicht um eine „Preßnachricht“, die Atlaswerke selbst versenden vielmehr gedruckte Prospekte, unter denen, neben dem Abgeordneten v. Böhlendorff-Kölpin und dem unermüdlichen Oktavio v. Zedlitz, auch der Name des Grafen Posadowsky prangt. Wenn es dem Grafen also so peinlich ist, mit der Gründung der Atlaswerke in Verbindung gebracht zu werden, so sollte er seine Bemühungen lieber darauf richten, die Öffentlichkeit über den Mißbrauch seines Namens — einen solchen muß man doch annehmen — aufzuklären. Daß unter solch einen Prospekt der Name eines Staatssekretärs a. D. und Reichstagsabgeordneten gesetzt wird, ohne daß dieser je die geringste Berührung oder Beziehung zu den Vätern des Prospekts gehabt hat, ist doch gerade kein alltägliches Stück.“

Was sagt Graf Posa nun?

Ernüchterung.

Die anfängliche Opferwilligkeit der besitzenden Klassen ist in dem gleichen Maße abgeflaut, in dem die Verhandlungen der Budgetkommission dem Wehrbeitrag feste Gestalt verliehen. Die ganze kapitalistische Presse jammert heute bereits darüber, daß der Wehrbeitrag für die höheren Vermögen auf eine direkte Konfiskation hinauslaufe. Am besten faßt die Stimmung, die in kapitalistischen Kreisen herrscht, der halboffiziöse „Berliner Lokal-Anzeiger“ zusammen in die Sätze:

„Die freudige Stimmung, mit der die große Öffentlichkeit das notwendige Vermögensopfer dem Vaterlande darbringen wollte, hat mehr und mehr einer Ernüchterung Platz gemacht, und nun, da die Beschlüsse der Reichstagskommission sich vollständig übersehen lassen, muß man ernstlich daran zweifeln, ob ihre Annahme dem Plenum des hohen Hauses und, falls dieses keinen Grund zu Bedenklichkeiten finden sollte, den verbündeten Regierungen noch mit gutem Gewissen empfohlen werden kann.“

Der Artikel weist dann darauf hin, wie erfreulich gegenüber den Kommissionsbeschlüssen die Regierungsvorlage war und klingt dann in folgenden Ratschlag aus:

„Der Reichstag hat schon des öfteren Regierungsvorschläge, die an sich einfach und leicht durchführbar waren, von unten zu oberst gekehrt und nachher mit seiner Weisheit kläglich Schiffbruch erlitten. Wir erinnern nur an die Fahrkartensteuer, die er hinterdrein gerne wieder losgeworden wäre. Er sollte sich diese Erfahrung zur Warnung dienen lassen, und auch bei dem Wehrbeitrag lieber zu den Grundlagen der Regierungsvorschläge zurückkehren. Das Geld ist in Deutschland in den letzten Jahren wirklich nicht vermögen worden. Umsomehr muß dafür Sorge getragen werden, daß bei der Verteilung neuer Lasten nicht nach Willkür oder unbilligen Parteirücksichten, sondern nach Recht und Gerechtigkeit verfahren wird.“

Wenn indirekte Steuern vorgeschlagen worden sind, dann ist es dieser Presse niemals eingefallen, Recht und Gerechtigkeit in den Vordergrund zu stellen. Jetzt, wo zum ersten Male die besitzenden Klassen etwas schärfer zu den Lasten des Reichstages herangezogen werden sollen, schreit man von Konfiskation des Privateigentums. Die deutsche Bourgeoisie hat bisher immer gezeigt, daß sie an Schäbigkeit nicht leicht übertroffen werden kann. In diesem Falle aber gibt sie der Welt ein geradezu erbarmungswürdiges Schauspiel, und es sollte uns garnicht wundern, wenn in den nächsten Tagen der Plan auftauchen würde, den Wehrbeitrag erheblich zu ermäßigen und dafür neue, indirekte Steuern einzuführen. So sieht der Patriotismus und die Opferwilligkeit der herrschenden Klassen aus. Treffender konnte das nicht mehr gezeichnet werden, als der der Regierung so überaus nahestehende „Berliner Lokalanzeiger“ es getan hat.

Zentrums-Lockungen.

Die „Köln. Volksztg.“ schreibt am Schlusse eines „Keine Ausgabe ohne Deckung!“ überschriebenen Artikels:

„Die Regierung trägt die Verantwortung für alle Folgen ernster, drohender Konflikte. Sobald die Regierung unzweideutig erklärt, daß sie die Wehrvorlage nicht ohne Deckung, d. h. nicht ohne Bereitstellung der Mittel für die Ausgaben annimmt, und daß eine Einigung der bürgerlichen Parteien über die Beschaffung dieser Mittel die Voraussetzung für die Verabschiedung der Militärvorlage ist, in demselben Augenblick ist auch die Taktik der Linken mit ihren parteipolitischen Nebenabsichten durchkreuzt. Eine solche unzweideutige Erklärung der Regierung wäre die sicherste und schnellste Förderung der Deckungsvorlage und einer Einigung der bürgerlichen Parteien über die Beschaffung der Mittel für die bewilligten Ausgaben. Jetzt spielt der Freisinn den großen Mutigen, der es riskiert, das große Programm des Liberalismus, Großblock im Reichstage und Erbschaftssteuer bei dieser Frage, aufzurollen. Gewisse Kreise der Nationalliberalen ermutigen den Freisinn mit einer großen Geste, die Sozialdemokratie sieht wohlgeneigt und gönnerhaft zu und bläst gelegentlich in das liberale Feuerchen. Dem ganzen Spiel wäre mit einer entschiedenen, unzweideutigen Erklärung der Regierung ein Ende gemacht. Daß es allmählich höchste Zeit dazu wird, kann jeder einsehen, der die Dinge im Reichstage seit einigen Monaten betrachtet. Mit Reichstagsauflösungen und dergleichen Drohungen kann man das Zentrum nicht erschrecken und nicht gefügig machen. Das sollten der Abgeordnete Bassermann wie die ganze liberale Presse bedenken.“

„Ein neuer Versuch zur Lösung der Deckungsfrage.“

Das Zentrum schwenkt ein! Die führenden Zentrumsorgane melden unter obiger Stichmarke:

„Wie wir von unterrichteter Seite hören, sind neue Verhandlungen zwischen den bürgerlichen Parteien des Reichstages über die Lösung der Besitzsteuerfrage im Gange. Sie haben die Regierungsvorschläge zur Grundlage, allerdings mit der Einschränkung, daß an Stelle der im sogenannten Sicherungsgesetze enthaltenen Vermögenszuwachssteuer eine Reichsvermögenszuwachssteuer treten soll.

In unterrichteten Kreisen hofft man auf dieser Grundlage im Reichstage zu einer Verständigung zu kommen. Die Regierung verhält sich allerdings noch gegenüber diesen Vorschlägen ablehnend, doch besteht Aussicht, daß sie sich schließlich ihren Widerstand aufgeben wird, wenn sie sieht, daß auf anderem Wege eine Verständigung nicht zu erreichen ist.“

Im Anschluß an diese Mitteilung wird gesagt, daß die Zentrumsfraktion beschlossen hat, „ihren Mitgliedern bezüglich der von der Regierung geforderten sechs Kavallerieregimentern die Abstimmung freizugeben. Es wird ein kleiner Teil der Fraktion gegen jede Vermehrung der Kavallerieregimenter stimmen, ein anderer für den Kommissionsbeschluß eintreten und ein anderer für die ganze Regierungsvorlage.“

Das scheint der letzte Akt der Zentrumskomödie zu sein, worauf sich alles zum guten und jedenfalls auch zum Vorteil des Zentrums wenden wird.

Der Hansabund

hielt am Dienstag eine Gesamtausschußsitzung ab. Der Vorsitzende des Hansabundes, Dr. Rießer, sprach sich in seiner Einleitungsrede mit ziemlicher Entschiedenheit für die Einführung des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für den preußischen Landtag aus. Die Einführung eines solchen Wahlrechts sei nicht nur die Pflicht der Regierung, sondern ein nobile officium der Krone, die die Einführung dieses einzig gerechten Wahlrechts vor mehreren Jahren in feierlicher Weise verheißen habe. In der Steuerfrage versicherte Rießer, daß der Hansabund an der Besitz- und Erbschaftssteuer festhalte; besonders in der Erbschaftssteuerfrage kenne er kein Kompromiß, da müsse ganze Arbeit geleistet werden. Es sei aber auch notwendig, daß alle Privilegien und Sonderrechte abgeschafft würden. Es müsse dahin kommen, daß nicht nach den Vorrechten der Geburt die Stellungen im Staate vergeben werden, den Tüchtigsten gebühre der Einfluß im öffentlichen Leben.

Hoffentlich lassen es die Hansabündler nun endlich nicht nur bei großen Worten bewenden, sondern helfen auch positiv mit schaffen, daß die hier aufgestellten Ziele erreicht werden.

Das Projekt eines Rhein-Nordsee-Kanals

ist in seinem Vorstadium etwas weiter gerückt. Die Reichsregierung hat, so meldet unser hannoversches Parteiblatt, die Prüfung der Frage des Rhein-Nordsee-Kanals beendet und die Provinzialbehörden um Gutachten ersucht. Diese sind sämtlich eingelaufen. Der Oberpräsident der Provinz Hannover weist besonders auf die gewaltige wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung des Unternehmens hin, die der Kanal für Hannover habe. Die Reichsregierung wird zur Schaffung einer direkten Verbindung zwischen Rhein und Nordsee geeignete höhere Beamte zur Verfügung stellen. Ob ein Zuschuß zu den Vorarbeiten bewilligt wird, steht noch nicht fest. Es verlautet dazu, daß die Regierung beabsichtigt, ein Projekt zu befürworten, das für den großen Schiffahrtsweg 4½ Meter Tiefe vorsieht.

Zur Reichstagsersatzwahl in Waldeck-Pyrmont.

Der Vorsitzende des Landesvorstandes der nationalliberalen Partei im Fürstentum Waldeck-Pyrmont veröffentlicht ein Telegramm des geschäftsführenden Ausschusses des nationalliberalen Zentralvorstandes, in dem empfohlen wird, bei der Reichstagsersatzwahl die Wahl des Herrn Dr. Naumann zu unterstützen.

Zur Deckungsfrage

schreibt die klerikale „Kölnische Volkszeitung“!

„Um den nationalliberalen Wünschen entgegenzukom-men und auf dem Boden der Forderungen der Nationa[l]liberalen eine Einigung zu erzielen, hat man im Zentrum vorläufig die grundsätzlichen Bedenken gegen eine Reichs-vermögenssteuer zurückgestellt und die Bereitwilligkeit be-kundet, einer Reichsvermögenssteuer zur Deckung de[r] Wehrvorlagen ev. zuzustimmen. Angesichts der Stellung-nahme des Reichskanzlers gegen eine Reichsvermögens-steuer mehren sich aber die Stimmen, welche wieder au[f] die ursprüngliche Regierungsvorlage zurückgreifen und di[e] als Sicherungsgesetz von der Regierung vorgeschlagene Ver-mögenszuwachssteuer als direktes Reichsgesetz zu eine[r] Reichsvermögenssteuer ausarbeiten wollen. Sollte auc[h] dagegen der Reichskanzler wieder ein Unannehmbar aus-sprechen, dann wäre man so ziemlich am Ende des Latein[s] angelangt, umsomehr, als in einer Reichsvermögenszu-wachssteuer auch der Gedanke der Erbanfallsteuer in ge-wissem Maße berücksichtigt ist.“

Bei der gestrigen Reichstags-Ersatzwahl

in Waldeck-Pyrmont, die durch die Ungültigkeitserklärung des Mandats des antisemitischen Abgeordneten Vietmeyer notwendig war, wurden für Vietmeyer (Wirtsch. Vereinigung) 5648, für Naumann (Fortschr. Volksp.) 4837 und für Weddig (Soz.) 1017 Stimmen abgegeben. Es findet Stichwahl zwischen Vietmeyer und Naumann statt. Bei der Hauptwahl 1902 erhielten Vietmeyer 4403, der fortschrittliche Kandidat Redakteur Nuschke 3687, ein nationalliberaler Kandidat 2037 und unser Genosse 1600 Stimmen. In der Stichwahl siegte Vietmeyer mit 6192 Stimmen über den Fortschrittler, der 6039 Stimmen erhalten hat. Die Nationalliberalen haben diesmal keinen eigenen Kandidaten aufgestellt, sondern gleich Naumann unterstützt. Überraschen muß bei dem gestrigen Wahlausfall die nicht unerhebliche Stimmenzunahme der Antisemiten.

Türkei.

Ein Attentat auf den Großwesir. Als der Großwesir sich gestern mittag zur Pforte begab, stürzten zwei mit Revolvern bewaffte Individuen auf sein Automobil und erschossen ihn. Die näheren Umstände des Attentats auf den Großwesir sind folgende: Als der Großwesir in Begleitung des Adjutanten Ekreff Bey und des Marineoffiziers Ibrahim Bey das Kriegsministerium verlassen hatte und auf dem Wege zur Pforte war, begegnete sein Automobil auf dem Platz Bayazid zwei Personen, die vor einem anderen Automobil standen und ihre Revolver auf den Großwesir abschossen. Mahmud Schewket wurde tödlich getroffen und starb bald darauf. Ibrahim und ein Diener wurden verwundet. Einer der Täter ist verhaftet. — Das Pressebureau veröffentlicht ein amtliches Communiqué, demzufolge der Großwesir und Kriegsminister Mahmud Schewket Pascha, als er sich heute morgen im Automobil nach der Pforte begeben wollte, am Bayazid-Platze an einer Straßenkreuzung wegen Erdarbeiten halten mußte. In diesem Augenblick gaben aus dem Publikum einige unbekannte Personen mehrere Revolverschüsse gegen das Automobil ab, wodurch der Großwesir schwer verwundet wurde. Er wurde in das Kriegsministerium zurückgebracht, wo er eine halbe Stunde später den Geist aufgab. Auch sein Adjutant, Schiffsfähnrich Ibrahim, wurde von einer Kugel getroffen und getötet.

Balkan.

Die Spannung zwischen Serbien und Bulgarien hält an. Der serbische Gesandte ist bereits aus Sofia abberufen worden. In Uesküb soll sogar schon ein Kampf zwischen serbischem Militär und bulgarischen Banden stattgefunden haben. Der Personen- und Güterverkehr zwischen Serbien und Bulgarien ist vollständig eingestellt worden. Wenn es den Großmächten nicht noch gelingt, die feindlichen Brüder zur Raison zu bringen, dann erscheint der Ausbruch eines Krieges zwischen den beiden Mächten sicher.

England.

Zwischenfall im Unterhause. Während Premierminister Asquith im Unterhaus über das Finanzgesetz sprach, sprang auf der Zuschauertribüne plötzlich ein Mann auf und schleuderte ein Wurfgeschoß, das sich als ein Blumenkorb herausstellte, gegen die Ministerbank. Der Korb verfehlte sein Ziel und fiel, ohne Schaden anzurichten, neben dem Stuhl des Sprechers nieder. Der Mann, der dann eine Menge Schmähschriften auf den Boden des Hauses warf, wurde von Dienern hinausgeworfen. Man vermutet, daß es sich um einen Anhänger des Frauenstimmrechts handelt. Premierminister Asquith setzte unter allgemeinem Beifall die Rede fort.

Ein kleines Panama der liberalen Regierungspartei. Das Reutersche Bureau meldet aus London: Die Untersuchung des Parlamentsausschusses über den Vertrag der Marconigesellschaft mit der Regierung fördert täglich überraschendere Enthüllungen zutage. Wie schon bekannt, gaben die Minister Lloyd George und Rufus Isaac zu, in amerikanischen Marconiaktien Geschäfte gemacht zu haben. Nunmehr stellt sich heraus, daß auch der frühere Einpeitscher (parlamentarischer Leiter) der liberalen Partei, Lloyd Murray, Aktien dieser amerikanischen Gesellschaft gekauft habe, nicht nur für sich, sondern wie auch sein Nachfolger Illingworth als Zeuge aussagte, 5000 Aktien für den liberalen Parteifonds. Eine weitere interessante Aussage machte der Zeuge Salaman, Verwalter der Konkursmasse des flüchtigen Börsenmaklers Fenner, durch dessen Vermittlung Murray die Aktien kaufte. Salaman sagte aus, daß Murray Gläubiger des Fennerschen Vermögens in Höhe von 30 000 Pfund sei, und bis jetzt jedoch die zur Geltendmachung seiner Ansprüche erforderlichen Papiere noch nicht beibrachte. Murray, der nach Rücktritt von dem Posten als Einpeitscher eine hohe Stellung in der Maschinenfabrik erhalten, befindet sich augenblicklich als Vertreter einer Firma in Mittelamerika und kann „infolge dringender Geschäftsangelegenheiten“ vor Juli nicht nach London zur Vernehmung zurückkehren.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 12. Juni.

Achtung Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Lübeck! Über die Arbeiten der hiesigen Baudeputation (Staatsplatz) ist wegen Nichtanerkennung der hiesigen Lohn- und Arbeitsbedingungen die Sperre verhängt.

Die Tarifkommission.

---

697 403 Mk. für den Neubau der Realschule zum Dom. Dem Bürgerausschuß wurde in seiner gestrigen Sitzung vom Senat folgendes Dekret vorgelegt. Durch Rat- und Bürgerschluß vom 30. März 1912 ist der an der Johannisstraße unterhalb des St. Johannis-Jungfrauenklosters gelegene, im Staatsbesitz befindliche Platz in seinem östlichen Teile für den Neubau der Realschule zum Dom bestimmt und die Baudeputation mit der Ausarbeitung eines Bauplanes und Kostenanschlages beauftragt worden. Die Oberschulbehörde hat beantragt, die von der Baudeputation vorgelegten Pläne zu genehmigen und der Baudeputation das Kostenerfordernis von 697 403 Mk. zur Verfügung zu stellen. Die Vorlage ist dem Finanzdepartement zur Erklärung zugestellt worden. Dieses hat aus der Höhe der angeforderten Mittel Bedenken gegen den Neubau hergeleitet und mehrere Anregungen gegeben, die auf eine Verbilligung des Baues gerichtet sind. Der Senat hat sich jedoch in eingehender Beratung davon überzeugt, daß den Einwendungen des Finanzdepartements keine Folge gegeben werden kann. Die dringende Notwendigkeit des Baues steht außer allem Zweifel. Seit dem Jahre 1906 sind die schwerwiegenden Mängel der räumlichen Unterbringung der Realschule in zahlreichen Berichten immer wieder dargelegt worden. Das Finanzdepartement selbst hat in einem Bericht vom 10. April 1911 die Notwendigkeit des Baues anerkannt, indem es erklärt hat, gegen den darauf gerichteten Antrag finanzielle Bedenken nicht erheben zu wollen. Durch Rat- und Bürgerschluß vom 30. März 1912 ist der Bau grundsätzlich beschlossen und der Bauplatz festgelegt. Naturgemäß haben sich die Mängel der Unterbringung der Schule mit ihrem Anwachsen von Jahr zu Jahr gesteigert; sie haben jetzt längst die Grenze des Zulässigen überschritten, sodaß jede weitere Verzögerung des Neubaues unbedingt vermieden werden muß. Die Bausumme ist für eine Schule von so ungewöhnlicher Größe keineswegs hoch; bekanntlich ist die Realschule aus Ersparnisgründen auf einen dreifachen Zug angelegt und hat bereits Ostern 1912 ihre volle Klassenzahl erreicht. Übrigens waren schon im November 1911 in einem dem Bürgerausschuß und seiner Kommission mitgeteilten Berichte der Baudeputation die Kosten überschläglich auf 703 000 Mk., also noch höher als jetzt, berechnet. Das Bauprogramm ist bereits unter dem Gesichtspunkte größtmöglicher Sparsamkeit aufgestellt, so daß eine weitere Beschränkung nicht möglich ist; die Gestaltung des Planes ist in jeder Hinsicht zweckmäßig und eine Einschränkung untunlich. Die Befolgung der Anregung des Finanzdepartements, den Neubau nach vorausgegangener Ausschreibung Privatarchitekten zu übertragen, würde, ganz abgesehen davon, daß sich Schulgebäude dazu am wenigsten eignen, im gegenwärtigen Stadium durchaus unzweckmäßig sein. Die Möglichkeit einer Einschränkung der Schülerzahl, wie sie das Finanzdepartement andeutet, ist nicht gegeben; sie würde die sofortige Gründung einer neuen Realschule zur Folge haben müssen, die man gerade durch die Einrichtung des dreifachen Zuges noch für eine Reihe von Jahren hinausgeschoben hat. Hiernach beabsichtigt der Senat, zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft zu stellen: daß der Baudeputation für den Neubau eines Schulhauses für die Realschule zum Dom nach Maßgabe der Kostenanschläge des Baudirektors Balzer ein Betrag von insgesamt 697 403 Mk., soweit erforderlich und Rechnungsablage vorbehalten, aus Anleihemitteln zur Verfügung gestellt werde. Der Bürgerausschuß beschloß, den Antrag an eine Kommission, bestehend aus fünf Mitgliedern, zu überweisen. Zu Mitgliedern der Kommission wurden gewählt: Dr. Grube, von Schack, Schulmerich, Göbs, Dr. med. J. Meyer.

Gratifikationen für höhere Beamte. Der Bürgerausschuß stimmte gestern einem Antrage des Senates zu, der verlangt, daß der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten zur Gewährung einer einmaligen Vergütung an den Schlachthofdirektor Lund für seine verdienstvolle Tätigkeit in der Quarantäneanstalt aus den Einnahmen dieser Anstalt im Rechnungsjahre 1912 ein Betrag von 3000 Mark zur Verfügung gestellt werde. — Wir halten ein Verfahren, nach welchem einzelne Beamte, die für ihre Tätigkeit schon recht anständig bezahlt werden, noch besondere Gratifikationen erhalten, für völlig falsch; das Gehalt soll so bemessen sein, daß es für volle Pflichterfüllung ausreicht und dann sind besondere Entschädigungen, die nur Neid und Mißgunst wachrufen, vom Übel.

Der Bürgerausschuß befürwortete in seiner gestrigen Sitzung den Erlaß eines neuen Hundesteuergesetzes, nach dem die Steuer für einen Hund in der Stadt und in den Vorstädten auf 20 Mk. festgesetzt wird; der zweite Hund soll 30 Mark Steuer kosten. Für das Landgebiet und die eingemeindeten Stadtteile soll die Steuer auf 7 Mk. festgesetzt werden; für jeden weiteren Hund in diesem Gebiet wird die Steuer um 5 Mk. erhöht. Mitgenehmigt wurden die Anträge des Senates auf Bewilligung von 2500 Mk. zur Vornahme baulicher Arbeiten auf dem Grundstück der dem lübischen Staat gehörenden ehemaligen Margarinefabrik in Lauenburg; 500 Mark für Aufräumung der Grenzgräben zwischen dem Gute Brandenbaum und den lübeckischen Staatsländereien; Übertragung des freien Eigentumsrechtes an in Genin belegenen Parzellen an den Landmann J. J. Schlichting; 600 Mk. für die Herrichtung des am linken Ufer des Stadtgrabens oberhalb der Puppenbrücke belegenen Platzes neben der Gasanstalt I. Verkauf eines 650 Quadratmeter großen Bauplatzes an der Ecke der Josephinen- und der Einsiedelstraße an die Firma Jost Hinr. Havemann & Sohn für 15 Mk. pro Quadratmeter. Begonnen aber nicht zu Ende geführt wurde die Beratung über den Erlaß von Nachträgen zur Bauordnung für die Stadt Lübeck, deren Vorstädte und Vororte, sowie für Travemünde vom 25. Mai 1903 und zu dem Gesetze vom 15. Juli 1889, betreffend den Anbau an Straßen und Plätzen in den Vorstädten der Stadt Lübeck.

Erhöhung des Staatszuschusses an die von Großheimsche Realschule für das Jahr 1912. Dem Leiter der von Großheimschen Realschule Dr. G. A. Reimann ist durch Rat- und Bürgerschluß vom 29. März 1911 für die Jahre 1911, 1912 und 1913 eine jährliche Beihilfe von 2400 0 Mark bewilligt worden. In seinem Antrage vom 10. April 1913 bittet Dr. Reimann, die Beihilfe für das Jahr 1912 nachträglich um 1000 Mark zu erhöhen. Wie die dem Antrage beigefügte Abrechnung über das Schuljahr 1912 ergibt, hat die Einnahme des Schulleiters im abgelaufenen Jahr nur 3554,19 Mark betragen, während bei den bisherigen Verhandlungen die Einnahme von etwa 8000 Mark (neben freier Wohnung) als das notwendige Minimum zu seinem und seiner Familie standesgemäßen Unterhalte angesehen und diese Einnahme in den letzten Jahren auch erreicht worden ist. Im Jahre 1911/12 betrug die Einnahme 8343,82 Mark betragen. Die Mindereinnahme von etwa 4800 Mark hat ihren Grund in der Hauptsache darin, daß die laufenden Ausgaben durch den Eintritt des Oberlehrers Dr. Reimann und durch fällige Alterszulagen um etwa 3600 Mark gesteigert sind und ferner Hausreparaturen von ungewöhnlichem Umfange (etwa 1000 Mark) und die Notwendigkeit der Anschaffung von Schulbänken und von Lehrmitteln für Physik und Chemie über das gewöhnliche Maß hinaus den Etat mit besonderen Ausgaben belastet haben. Die Aussichten für das laufende Jahr sind wesentlich günstiger, da das Schuljahr mit 427 Schülern (1912 : 402) begonnen hat, mithin die Schulgeldeinnahme sich höher stellen wird und außerordentliche Ausgaben einstweilen nicht zu erwarten sind. Der Schulleiter hat daher die Hoffnung ausgesprochen, daß es ihm möglich sein wird, für dieses Jahr trotz der erhöhten laufenden Ausgaben mit dem gewöhnlichen Zuschuß auszukommen. Das Finanzdepartement hat im übrigen Bedenken gegen die Gewährung des Zuschusses nicht erhoben; es hat nur empfohlen, ihn auf 4500 Mark zu bemessen, da in Beihalt der Abrechnung der Schule diese Summe ausreiche, um den Ausfall an Einnahmen im vorigen Jahre zu decken. Der Senat erachtet es indes mit Rücksicht darauf, daß die angeführte Summe von 8000 Mark nur die jährliche Mindesteinnahme des Schulleiters darstellt und daß überdies die Abrechnung der Schule sich nachträglich durch das Hinzutreten weiterer Ausgaben noch um etwa 200 Mark verschlechtert hat, für billig, daß dem Schulleiter zum Ausgleich des im Jahre 1912 ohne sein Verschulden eingetretenen Einnahmeausfalles eine Erhöhung des Staatszuschusses um die beantragte Summe von 5000 Mark zuteil wird; er beabsichtigt daher, zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft zu stellen: daß dem Leiter der von Großheimschen Realschule Dr. G. A. Reimann für das Rechnungsjahr 1912 außer dem durch Rat- und Bürgerschluß vom 29. März 1911 bewilligten Staatszuschusse von 2400 Mk. ein weiterer Zuschuß von 500 Mark bewilligt werde. Der Bürgerausschuß erklärte sich natürlich gutachtlich für die Mitgenehmigung des Senatsantrages durch die Bürgerschaft. Uns scheint diese Privatschule mit dem hohen Staatszuschuß ein unhaltbares Zwitterding zu sein.

Schiffsverluste. Im Monat April sind nach den Listen des Bureaus Veritas 44 Dampfer mit 44 087 Br.-Reg.-T. und 68 Segelschiffe mit 31 690 Netto-Reg.-T. vollständig verloren gegangen. Unter den Dampfern befinden sich 1 deutscher, 5 amerikanische, 15 englische, 2 argentinische, 1 chilenischer, 1 dänischer, 1 spanischer, 1 griechischer, 2 holländische, 1 italienischer, 9 japanische, 2 norwegische und 2 schwedische. Von diesen Dampfern sind 10 gestrandet, 4 durch Kollision verloren gegangen, 2 durch Feuer, 6 sind gesunken, 11 sind kondemniert oder abgebrochen, 8 sind in Leichter umgebaut und 3 sind verschollen. — Unter den Segelschiffen befinden sich 6 deutsche, 13 amerikanische, 15 englische, 1 argentinisches, 1 chilenisches, 4 französische, 4 italienische, 7 norwegische, 5 russische, 8 schwedische, 2 türkische und 2 uruguaysche. Von diesen Schiffen sind 25 gestrandet, 2 durch Kollision verloren gegangen, 1 ist gesunken, 4 abandonniert, 15 sind kondemniert oder abgebrochen, 17 sind in Leichter umgebaut und 4 sind verschollen. — Außer diesen Totalverlusten hatten im April noch 333 Dampfer und 100 Segelschiffe Havarien. Von den Dampfern waren 69 auf Strand, 108 hatten Kollisionen, 37 hatten Feuer an Bord, 5 waren leck gesprungen, 50 hatten in schwerem Wetter Beschädigungen erhalten und 64 erlitten Maschinenschaden. Von den Segelschiffen waren 22 gestrandet, 23 hatten Kollision, 6 hatten Feuer an Bord, 13 waren leck gesprungen und 36 haben in schwerem Wetter Beschädigungen erhalten.

Säuglingsfürsorgestelle II. Die nächste Sprechstunde findet am Freitag von 2—3½ Uhr nachmittags Schwartauer Allee 44a statt.

ph. **Entwendete Fahrräder.** An der Strecke des Eisenbahn-Neubaues bei Brodten sind am 11. dss. Mts. dort beschäftigten Arbeitern 3 Fahrräder gestohlen worden und zwar ein Rad Marke „Stöners Greif", mit schwarzem Gestell, nach unten gebogener Lenkstange, roten Griffen, Gebirgsreifen und der Fabriknummer 143 698, ein Rad Marke „Viktoria" mit schwarzem Gestell und der Fabriknummer 269 733, der linke Handgriff fehlt, und ein Rad Marke „Brennabor" mit hellbraunen Handgriffen.

ph. **Diebstahl.** Am 3. dss. Mts. nachmittags gegen 6 Uhr sind einem Schulknaben in der Badeanstalt Falkenwiese, ein Paar neue Schnürschuhe abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

Lübecker Sommertheater in den Stadthallen. Man schreibt uns: Freitag wird „Hasemanns Töchter" auf vielseitigen Wunsch noch einmal in guter Besetzung gegeben. Der mit stürmischem Beifall am Mittwoch bei ausverkauftem Hause gegebene Possenschlager „Julchens Flitterwochen" wird Sonnabend wiederholt. Für Sonntag ist das bekannte historische Lustspiel von Moser und Trotha „Der wilde Reutlingen" in historisch getreuer Ausstattung geplant. In Vorbereitung: „Die versunkene Glocke" und „Kater Lampe".

Öffentliche Trinkerfürsorgestelle Lübeck (Parade 1). Nächste Sprechstunde am Freitag, dem 13. ds. M., abends 6—7 Uhr.

Reinfeld i. H. Hier streiken die Maurer, Bauhilfsarbeiter und Zimmerer wegen Nichtbewilligung einer gestellten Lohnforderung. Auch in Bornhöved sind dieselben Arbeiterkategorien aus dem gleichen Grunde in den Streik getreten. Nach Oldenburg i. H. werden Zimmergesellen gesucht. In genannter Stadt weigern sich die Unternehmer, den durch Schiedsspruch festgesetzten Lohn zu zahlen und ist deshalb der Zuzug von Maurern, Zimmerern und Bauhilfsarbeitern nach Oldenburg i. H. unbedingt fernzuhalten.

Hamburg. Die erste Amerikafahrt des „Imperator". In den letzten Tagen war ein lebhafter Verkehr beim „Imperator"; es galt, ihm die letzte Ausrüstung für die Ozeanfahrt zu übermitteln. Und zwar erhielt er Vorratsmengen an Lebensmitteln, von denen viele Familien jahrelang leben können. Dieser moderne Riese nimmt allein für die siebentägige Reise von Hamburg nach Neuyork 22 000 Kilogramm frisches Fleisch, 48 000 Eier und 55 000 Kilogramm Kartoffeln zu sich. Neben 12 500 Kilogramm frischem Gemüse wird für 6000 Konservendosen gesorgt, während Wild und Geflügel nur die bescheidene Höhe von 4700 Kilogramm erreicht und Fische und Schaltiere für die Ausreise nur rund 4000 Kilogramm wiegen. An Dauerproviant, d. h. für Aus- und Heimreise, sind dann etliche andere höchst appetitanregende Dinge in Aussicht genommen: auf den Börtern der Vorratsräume stehen 800 Dosen wohlschmeckende Pilze, 4000 Dosen mit eingemachten Früchten, zahlreiche Töpfe mit 1000 Pfund Frühstücksmarmelade, 1500 Pfd. Kakes, Zwieback und Waffeln. Von dem Inhalt des Riesengewürzschranks auf dem „Imperator" seien nur 600 Pfund Mandeln, 500 Pfd. Senf und 150 Pfd. Pfeffer erwähnt. Neben dem ansehnlichen Proviant von 6500 Liter Milch und Rahm sind 5200 Dosen kondensierter Milch vorhanden. Das Schiff ist schließlich noch mit nahezu 3000 Kilogramm Kaffee, 180 Kilogramm Tee und 200 Kilogramm Schokolade und Kakao versehen. Auch die Eisenbahnverwaltung ist vor eine nicht leichte Aufgabe gestellt. Wohl wurden bisher schon die Kajütspassagiere der Dampfer der Amerikafahrten zwischen Hamburg-Hauptbahnhof und Cuxhaven mit besonderen schnellfahrenden Zügen befördert, aber ihre Zahl war doch immer noch beschränkt. Es sind bisher höchstens vier dieser Sonderzüge befördert worden. Trotzdem war ihre Abfertigung und ihre Durchführung auf der Strecke schon mit recht großen Schwierigkeiten verbunden. So wurde zum Beispiel der Personenzugverkehr der Strecke Harburg—Cuxhaven zeitweise durch diese Züge recht unangenehm beeinflußt. Die Riesenziffern der mit dem „Imperator" zu befördernden Kajütspassagiere zwingen zu einer Vermehrung der Sonderzüge. Bei vollbesetzten Kajüten sind künftig sieben Sonderzüge erforderlich, zu denen dann noch bei der Ankunft von Amerika ein Sonderzug für das Begleitpersonal des „Imperator" hinzutritt. Daß mit dieser erheblichen Vermehrung der Sonderzüge die Schwierigkeiten für die Eisenbahn noch erheblich wachsen, wird einleuchten. Manches ist veranlaßt, um ihrer Herr zu werden. Der neue Hafenbahnhof in Cuxhaven ist bedeutend erweitert und hat einen zweiten Bahnsteig erhalten, auf verschiedenen Stationen der Strecke Cuxhaven—Harburg sind neue Ueberholungsgeleise angelegt, auf dem Bahnhof Harburg—Unterelbe ist Platz für die Aufstellung der neu zu liefernden 24 Wagen für die „Imperator"-Züge geschaffen. Die Gepäckabfertigung der Hamburg-Amerika-Linie auf dem Hauptbahnhof in Hamburg wird bedeutend vergrößert. Am Mittwoch morgen wurden fünf Sonderzüge für den „Imperator" vom Hauptbahnhof abgelassen. Die beiden ersten Züge, die um 6,50 und 7 Uhr vormittags abfuhren, beförderten gut 1000 Kajütspassagiere dritter Klasse, der erste außerdem noch die sehr starke Amerikapost in einem besonderen Wagen. Der dritte Zug, der um 8,11 Uhr vormittags den Hauptbahnhof verließ, war mit 330 Kajütspassagieren zweiter Klasse besetzt. Um 9,38 und 9,50 Uhr vormittags wurde noch je ein Zug mit 250 Kajütspassagieren erster Klasse abgelassen, worunter auch 50 Pressevertreter, die als Gäste der Hamburg-Amerika-Linie mitfahren. Diese Passagiere wurden dann mit Tendern der Hamburg-Amerika-Linie nach dem bei Altenbruch liegenden Dampfer „Imperator" gebracht. Es war hierfür die gesamte Tenderflotte der Hamburg-Amerika-Linie aufgeboten worden. Auch den Salondampfer „Cobra" hatte man mit herangezogen, der mit anderen Tendern zunächst 1600 Zwischendecker von Hamburg nach dem „Imperator" bei Altenbruch gebracht hatte. Nachmittags, nach 3 Uhr, lichtete er dann die Anker. Um 3 Uhr 50 Minuten passierte er Cuxhaven. Die Signalstation wünschte dem Dampfer durch Flaggensignale gute Reise, wofür der „Imperator" in gleicher Weise dankte. An der „Alten Liebe" und am Strande hatten sich zahlreiche Menschen angesammelt, die der Abfahrt des Dampfers beiwohnen wollten, der nun hinauszieht, den Ruhm deutscher Arbeit in ferne Lande zu tragen.

Kiel. Sozialdemokratischer Gemeindewahlsieg. Unsere Genossen in Pries bei Friedrichsort an der Kieler Förde errangen bei der Gemeinderatswahl, die sich durch die Erhöhung der Gemeindevertreter von 9 auf 12 nötig machte, zwei neue Mandate. Die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter beträgt somit sechs. Das Resultat ist besonders bemerkenswert, da die übergroße Mehrheit der Arbeiter in Pries in der marinefiskalischen Torpedowerkstatt in Friedrichsort beschäftigt und außerdem die Wahl öffentlich ist.

Amrum. Nur ein Matrose. Einige Verwunderung hat es unter den Badegästen und Einheimischen erregt, daß die Leiche des bei Hörnum ertrunkenen und in Amrum geborgenen Torpedoobermatrosen Gebhardt ohne Sang und Klang durch die Insel zum Dampfschiff nach Wittdün gebracht worden ist. Das Amrumer Lokalblatt sagt dazu:

„Trotzdem ganz in der Nähe Amrums von der Marine Gefechtsübungen abgehalten wurden, kümmerten sich die Marinebehörden absolut nicht weiter um den Toten, der im Dienst auch für das Vaterland gestorben ist. Hier wäre doch gewiß durch Kommandierung einer Eskorte von Kameraden Gelegenheit gewesen, der Bevölkerung zu zeigen, wie die Militärbehörde auch den einfachen Mann, der in seinem gefahrvollen Berufe sein Leben lassen mußte, ehrt."

Wenn es möglich ist, zum Empfang wie zur Abreise aller möglichen Potentaten jederzeit größere Truppenkörper hin- und herzubefördern, und das lediglich aus dekorativen Gründen, so sollte man es auch nicht zu gering erachten, für einen wackeren Matrosen, der im Dienst für das Vaterland sein Leben ließ, einige Mann zum letzten Geleit zu entsenden.

Emden. Der Streik im Emdener Hafen dauert unverändert fort. Die Unternehmer machen alle möglichen Anstrengungen, um von auswärts Arbeitswillige heranzubekommen, denn die bisherigen Arbeitswilligen können nicht im entferntesten die alten Arbeiter ersetzen. Wenn ein Schiff sonst nach zwei Schichten den Hafen verlassen konnte, so werden jetzt zu seiner Löschung zehn Schichten gebraucht. Die Arbeiter halten treu zur Fahne, von 956 Ausständigen sind bis jetzt 11 Mann abgefallen; über 50 sind anderweitig untergebracht.

Literarisches.

Einen Führer durch das Vereins- und Versammlungsrecht hat die Buchhandlung „Vorwärts" in Berlin jetzt herausgegeben. Dies Büchlein ist kein Neuling unter den in diesem Verlag erschienenen Leitfäden durch die Reichs- und Landesgesetze. Schon in den neunziger Jahren diente es der Arbeiterschaft als Waffe gegen die Bevormundungssucht der Behörden, und seitdem ist es mehrfach aufgelegt worden. Für den Gebrauch erleichternd ist die Anordnung, indem alle in Betracht kommenden Angelegenheiten in Form von Fragen hervorgehoben sind, auf die der Führer eine möglichst kurze und befriedigende Antwort gibt. Selbstverständlich sind in der neuen Ausgabe die in den letzten Jahren von höheren Gerichten gefällten Entscheidungen berücksichtigt. Das Büchlein geht auf die hauptsächlichsten mit dem Koalitionsrecht zusammenhängenden Fragen, so auf den Boykott, das Streikpostenstehen, die gegen Arbeiter gerichteten Erpressungsanklagen und ähnliche wichtige Angelegenheiten ein; ebenso behandelt es die Druckschriftenverbreitung, die bei den Reichstagswahlen in Betracht kommenden Rechte, sowie eine Anzahl Strafgesetzparagraphen, die im behördlichen Kampf gegen die Arbeiterschaft eine besondere Rolle spielen. Ganz neu ist der Abschnitt über die Leitung der Vereine und Versammlungen; in ihm sind die wichtigsten Erfahrungen in dieser für das öffentliche Leben bedeutsamen Kunst mit Sachkenntnis behandelt. Trotz des beträchtlich erweiterten Inhalts stellt sich der Preis des Führers auf nur 40 Pfg. Zu beziehen ist der Führer durch alle Buchhandlungen.

Quittung.

Für das Jugendheim gingen ein:

L. M. G., Abt. Schiffbau . . . . . 7,40 Mk.

Der Jugendausschuß.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den **„Lübecker Volksboten"** in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im **„Lübecker Volksboten"**

Die vorzüglichen Präparate

Liebig's Backpulver, Puddingpulver, Vanillinzucker

der ältesten Fabrik Deutschlands sind leider viel nachgeahmt worden, haben aber immer noch die größte Anerkennung gefunden. Wer eine gute Qualität bevorzugt, verlange immer nur:

Liebig's Cremepulver, Rote Grütze, Saucenpulver

(2308

Habe mehrere selten schöne

Pferde

geschlachtet, wovon ich meinen werten Kunden

prima Bratenstücke, Suppenfleisch

(4545

ad sämtliche Wurstsorten

bekannter Güte empfehle.

Herm. Dose

Roßschlachterei

Hundestr. 62, Markthalle 1.

Die Arbeiter-Garderoben

aus dem Spezial-Geschäft von

Lübeck Markt 4 **Otto Albers** Kohlm. 10

sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:

Lederhosen	2.20—6.45
Maurerhosen	2.60—6.75
Schlosserhosen	1.88—5.25
Überziehhosen	1.08—2.35
Zwirn-Hosen	1.68—3.25

einene Jacken, schräge u. gerade, 1.28, Kasen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mützen von 30 Pf. bis 1.88 Mk. **Rote Lubecam.**

Schuhwaren

r Kinder, Damen und Herren in großer Auswahl. (3710

amenstiefel	4.95—12.50
errenstiefel	5.50—14.95
nderstiefel, Gr. 22—35, in den Preislagen	1.95—6.25
ndalen, braun Segeltuch. Paar	1.08, 1.25, 1.48
andalen, lederne. Paar	1.58, 1.78, 1.98, 2.28
uzüge f. Kinder	2.25—13.—
erren-Anzüge	12.85—47.50

beiter-Garderobe sehr billig.

Johannes Holst,

ohlmarkt 6. Markt 6.

Sie bekannt, zahle die höchsten Preise für **Hausstandslumpen, eitungen, Eisen, Metalle, Neuch, Tuche.** (1225

ernruf 2490. Postkarte genügt. Waisenhofstraße 25.

---

ute Magnum bon.-Eßkartoff.

verkaufen. (4542

Frühlingstraße 30, 1. Etage.

Moderne Wohnungseinrichtungen

kaufen Sie

ombillig im neuen Möbellager

531) **Kronsforder Allee 100.**

Kaninchen zu verkaufen.

531) Reiferstraße 23a, part.

P. P.

Den geehrten Einwohnern von Lübeck und Umgegend die ergebene Mitteilung, daß ich das Geschäft der Firma

Gebrüder Barg, Lübeck

übernommen habe.

Ich bitte das der Firma seit so langen Jahren erwiesene Wohlwollen auch auf mich zu übertragen und werde eifrigst bemüht bleiben, durch gute Ware und aufmerksamste Bedienung mir das Vertrauen meiner werten Kunden zu erwerben.

Das Geschäft werde ich der Neuzeit entsprechend einrichten, um auch den weitgehendsten Ansprüchen gerecht werden zu können.

Hochachtungsvoll

Herm. Kampff.

Das große Warenlager erwarb ich

weit unter regulärem Wert

und verkaufe von heute ab, um für die neue Ware Platz zu schaffen,

zu staunend billigen Preisen.

Besonders mache ich auf das große Lager in

Herren- u. Knaben-Anzügen

sowie

Arbeiter-Garderoben

aufmerksam.

Herm. Kampff

vorm. **Gebrüder Barg.**

Kohlmarkt 5 Kohlmarkt.

(4553)

Uhren -Reparaturen

vorherige Preisangabe. 4547

H. Schultz, Uhrm. u. Goldschm., ob. Johannisstr. 20.

Freitag morgen verkaufe auf d. Brolingplatz:

frische Seefische, Seelachs Pfd. 20 Pfg., Kabeljau Pfd. 25 Pfg., Rotzungen Pfd. 40 Pfg., Goldbutt billigst, Fischkarbonade.

4556) **Boy, Fischhandlg.**

Arbeiter-Turn-Verein Lübeck.

Turngang

nach

Travemünde

am Sonntag, dem 15. Juni.

Abmarsch 7 Uhr morgens vom Burgtor.

4546) **Der Turnwart.**

Arbeiter-Turn-Verein Lübeck.

Monats-Versammlung

am Freitag, dem 13. Juni

abends 8½ Uhr

im Lokale „Zur schwarzen Dohle"

Hundestraße 41.

NB. Die Festkomitee-Mitglieder des Kreisturnfestes müssen erscheinen.

4539) **Der Vorstand.**

Leere Farbetonnen

vorrätig.

Expedition d. „Lüb. Volksboten".

Plakate

betr.

Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli 1910 bezügl. Feilhalten von Nahrungs- und Genußmitteln

sind zum Preise von 30 Pfg. per Stück zu haben in der

Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.

Johannisstraße 46.

Achtung!

Bauarbeiter-Verbd.

Schwartau.

Versammlung

am Freitag, dem 13. Juni

abends 8½ Uhr

Um zahlreiches Erscheinen bittet

4560) **Der Vorstand.**

Neu-Lauerhof.

Arnimstraße 33.

Gr. Gartenkonzert am Freitag, dem 13. Juni.

Anfang 6 Uhr. Eintritt frei. Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saal statt.

Es ladet freundlichst ein

4535) **August Busch.**

Lübecker Sommer-Theater

i. d. Stadthallen. Dir. Ernst Albert.

Freitag, den 13. Juni: Hasemanns Töchter.

Sonnabend, den 14. Juni: Der mit so stürmischen Beifall am Mittwoch bei ausverkauftem Hause gegebene Possenschlager: **Julchens Flitterwochen.** Große Posse mit Gesang und Ballett in 4 Bildern.

4562) Anfang stets 8½ Uhr.

Gratis! Gebe ich auf **Gratis!**

1 Pfd. Margarine zu 80 u. 90 Pfg.	1 großen Block Schokolade
2 „ „ „ „ „ „	1 Dose m. 10 Bouillon-Würfel
3 „ „ „ „ „ „	1 Pfund Malzkaffee.

Ferner empfehle feinstes Palmenfett pr. Pfd. nur 58 Pfg., sowie ff. Edamer Vollfett-Käse pr. Pfd. nur 95 Pfg., Holländer Vollfett-Käse pr. Pfd. nur 90 Pfg. (4559

Martin Wegener Nachfl. (Inh. H. Scheel)

Gratis! Beckergrube 31. **Gratis!**

Achtung! Staats- u. Gemeindearbeiter. Achtung!

Große öffentl. Versammlung

Sonnabend, den 14. Juni, abends 8½ Uhr, im „Gesellschaftshaus Monopol", Johannisstr.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zu der Antwort auf unsere Lohneingabe und Beschlußfassung zu neuen Maßnahmen.

Referent: Gauleiter Kollege **H. Voht.**

2. Freie Aussprache.

Kollegen! Mitarbeiter! In dieser hochwichtigen Versammlung darf kein städtischer und staatlicher Arbeiter fehlen. Durch einen Massenbesuch müssen wir zeigen, daß es der Wille der Arbeiter ist, ihre gerechten Wünsche mit Nachdruck zu vertreten.

Die Herren Mitglieder der Bürgerschaft und besonders die in der Kommission wirkenden Herren Deputierten sind höflichst gebeten, an der Versammlung teilzunehmen.

4551) **Der Einberufer.**

Verein für Aquarien- und Terrarienkunde.

Ausstellung Geöffnet von 10 Uhr morgens bis 9 Uhr abends. 4459

Freitag, d. 13., Sonnabend, d. 14., Sonntag, d. 15. Juni im Restaurant Wintergarten, Fleischhauerstraße 13.

Freitag u. Sonnabend abends 9 Uhr Vorträge. Eintrittskarten: Erwachsene 20 Pfg., Kinder 10 Pfg.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter.

Zahlstelle Lübeck.

Ausflug

mit Musik nach Segeberg

am Sonntag, dem 15. Juni 1913.

Abfahrt von Lübeck 10.50 Uhr.

Fahrpreis hin und zurück a Person 2.25 Mk.

4558) **Das Komitee.**

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 135. Donnerstag, den 12. Juni 1913. 20. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten".

Berlin, 11. Juni 1913.

159. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Bethmann-Hollweg, Delbrück, v. Heeringen.

Zweite Beratung der Wehrvorlage.

(2. Tag.)

Erzberger (Z.): Das also sind die Früchte der Berner Konferenz: Herr Noske redet 4½ Stunden und Herr Jaurès will drei Tage reden. (Heiterkeit.) Die radikalsten Genossen, selbst Rosa Luxemburg, werden jetzt mit Herrn Noske zufrieden sein. Es ist aber dafür gesorgt, daß die sozialdemokratischen Bäume nicht in den Himmel wachsen. Es gibt keine Partei, die innerlich so zerfallen ist wie die Sozialdemokratie. (Widerspruch bei den Soz.) Kein einziger Satz ihres Programms ist in ihren eigenen Reihen unangefochten. Die französischen Sozialisten erklären die deutsche Heeresvorlage für so unbedeutend, daß sie der Einführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich wegen dieser Vorlage nicht zustimmen können. Herr Noske aber schildert die Vorlage als ungeheuerlich, aber seinen Zahlen muß man skeptisch gegenüberstehen, hat er doch bei den Beamtenpensionen die 44½ Millionen Pensionen des Postetats übersehen! Was Herr Noske über die Abnahmelieferungen bei Krupp gesagt hat, billigen wir alle, General Wandel mußte alles zugeben. Wann kommt endlich die Untersuchungskommission für die Waffenlieferungen? Sollen wir mit der Militärvorlage warten, bis der Krieg da ist? In der „Neuen Zeit" geben Hermann Wendel und Albert Thomas zu, daß ein Krieg in absehbarer Zeit ausbrechen kann. Wir müssen uns also stark machen. Herr Noske sprach vom uneingelösten Königswort, aber das Wort, daß unser Heer den Frieden sichern soll, hat unser Kaiser gehalten. Möge doch Frankreich mehr Friedensliebe beweisen! Es hat 500 Millionen Heeresausgaben bewilligt, noch ehe diese Vorlage hier eingebracht war. Keine Ausgabe ohne Deckung, sonst könnte das Ergebnis eine Schwächung unserer Volkskraft sein. Unter dieser Voraussetzung also sind wir bereit, die Wehrvorlage als eine gute Friedensgarantie zu bewilligen. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Dr. Semler (NL.): Wir bewilligen jeden Mann, jedes Pferd und jeden Groschen. Wichtiger wie jede Deckungsfrage ist uns, daß die Wehrvorlage bis zum 1. Juli bewilligt sein muß, damit sie bis zum 1. Oktober durchgeführt sein kann. Freilich sollen die Lasten sozial verteilt werden. Die sozialdemokratischen Argumente sind von Bismarck schon vor fünfundzwanzig Jahren widerlegt worden. Die Antwort auf eine Kriegsgefahr könnte nicht eine Militärvorlage, sondern nur die Mobilisierung sein. Wir haben keine kriegerischen Gelüste, wie schon Bismarck sagte, sondern wir haben die Aufgabe, zwischen Rußland und Oesterreich den Frieden zu erhalten. So wie Frankreich glaubt, siegen zu können, beginnt es den Krieg, daher müssen wir rüsten. Die Zustände in Elsaß-Lothringen haben sich sicherlich nicht ohne Zutun Frankreichs entwickelt. Das Anwerben von Deutschen für die Fremdenlegion ist eine tägliche Herausforderung Frankreichs gegen Deutschland. Wir ertragen das mit Langmut, weil wir die Stärkeren sind, aber je stärker wir sind, desto unwahrscheinlicher ist der Krieg. Wir erwarten in Zukunft mehr Entgegenkommen der Heeresverwaltung gegen die Forderungen aus diesem Hause. Der Militärboykott geht über das Notwendige hinaus, so wenn man in Königsberg den Soldaten eine Liste von 150 Personen überreicht, die sie nicht aufsuchen dürfen. Den Handwerkern muß, soweit sie intelligent sind, der Einjährig-Freiwilligen-Dienst zugänglich gemacht werden. Regimenter mit ausschließlich adligem Offizierskorps sollte es nicht mehr geben. In der Militärjustiz liegen barbarische Härten vor. Wir sollten durch ein Notgesetz Milderung schaffen. In der Presse hat man verächtlich von einem „Resolutionsgewäsch" gesprochen. Das ist sehr ungerecht. Wir hätten manche dieser Forderungen in das Gesetz hineinarbeiten können, dafür, daß wir es nicht getan haben, um die Verabschiedung der Vorlage nicht zu verzögern, sollte man uns dankbar sein. Mit der Auffassung des Staatssekretärs Delbrück über die preußische Wahlrechtsvorlage sind wir nicht einverstanden, verzichten aber jetzt auf eine Erörterung hierüber. Die Drohung des Abg. Noske, daß der Tag kommen werde, an dem der Kriegsminister die Armee nicht mehr werde für sich in Anspruch nehmen können, ist eine gewaltige Ueberhebung. Noch ist die Armee das gewaltige Bollwerk für den monarchischen Gedanken. (Zuruf bei den Soz.: Noch!) Sie wird es auch bleiben, es sei denn, daß Ungerechtigkeit den monarchischen Gedanken zerstört. Die sozialdemokratische Drohung sollte uns eine Mahnung sein, daß wir uns bei solchen Vorlagen vertragen müssen. (Ironisches Sehr wahr! rechts und im Zentr., Lachen bei den Soz.) In der Deckungsfrage soll es unter den bürgerlichen Parteien nicht Sieger und Besiegte geben. Die Vorlage muß nicht nur angenommen werden, sondern sie soll auch populär bleiben. Die Kommission hat aber den populären Wehrbeitrag nach Maßgabe des Vermögens verdorben. Wenn die Phantasien des Herrn Noske dazu beigetragen haben, uns und den Reichskanzler darauf hinzuweisen, daß es wünschenswert ist, daß die Partei der Mißvergnügten nicht weiter wächst im Lande, dann haben sie ihre Schuldigkeit getan und wir können ihm dankbar sein. (Bravo! bei den Natlib.)

Gans Edler zu Putlitz (K.): Die Rüstungen der anderen Länder und die Fortschritte der Kriegstechnik, besonders der Luftschiffahrt, machen diese Vorlage nötig. Wir bedauern die Abstriche an der Kavallerie; die Kavallerie hat auch im modernen Kriege noch große Aufgaben zu leisten. Die Bepackung der Wehrvorlage, die doch schnell erledigt werden muß, mit so zahlreichen Resolutionen, kann ich nicht für ersprießlich halten. (Sehr richtig! bei den Kons.) Eine Reihe von Resolutionen lehnen wir ab, weil ihre Annahme einen Eingriff in die Kommandogewalt darstellen würde. (Zustimmung bei den Kons.) Die Sozialdemokratie bekennt sich zwar zur Vaterlandsliebe, aber gleichzeitig erklärt sie sich als international. Das Vaterland der Sozialdemokratie ist nicht jenes, das wir schützen wollen. Abg. Noske hat auch von Jena gesprochen. Gerade die Erfahrungen von Jena müßten Sie zur Annahme der Vorlage bringen. (Zuruf b. d. Soz.: Noske hat Jena gar nicht erwähnt!) Der Redner ist verwirrt und stottert dann: Darum kann ich meine Ausführungen doch machen. (Gr. Htkt.) Denn die Niederlage von Jena ist verschuldet durch die übergroße Sparsamkeit Friedrich Wilhelms III. In diesen Fehler wollen wir nicht verfallen. Der Abg. Noske hat auch versucht, Mitglieder des Reichstags in unschöner Weise an den Pranger zu stellen; er hat sich gegen ein kapitalistisches Schmiersystem gewandt; aber gerade ein starkes monarchisches System setzt solchen kapitalistischen Strömungen einen Damm entgegen (Zust. rechts. Lachen b. d. Soz.), in parlamentarisch regierten Ländern herrscht eine viel stärkere kapitalistische Korruption. Wir werden den Kriegsminister bei seinem Bestreben unterstützen, das Heer vor sozialdemokratischem Einfluß zu bewahren. Schon im Norddeutschen Reichstag sagte Bebel, Deutschland werde bald nur einer großen Kaserne gleichen. Statt dessen haben wir einen wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung von gewaltiger Großartigkeit, und zwar nicht „trotz", sondern zum Teil „wegen" des Militarismus. Dazu wird auch diese Vorlage beitragen. (Bravo rechts.)

Dr. Müller-Meiningen (VP.): Ich wundere mich über die Klagen des Vorredners, daß die Militärvorlage nicht schneller erledigt wird. In einer „heimbodentreuen" Rede außerhalb dieses Hauses hat auch Dr. Oertel gesagt: „Wenn ich Reichskanzler wäre, und es wäre das Schlimmste, was mir passieren könnte (Htkt.), auch nur für wenige Tage, und wenn Ende Juli die Bewilligung der Heeresvorlage noch nicht als sicher anzusehen wäre, würde ich dem Kaiser sagen, dieser Reichstag muß nach Hause geschickt werden, oder: „Hier ist mein Amt", oder „Ich kann nicht länger regieren." Sie finden in dieser Rede noch mehr heimbodenständige Perlen. Aber gerade diese Herren sind es, die die Erledigung der Vorlage verschleppen. (Widerspr. rechts.) Gewiß, Sie haben sich ja darauf kapriziert, die Vorlage in suspenso zu lassen, bis die Deckungsfrage in Ihrem Sinne gelöst ist. Wir haben eine gewissenhafte Prüfung der Vorlage bei der ersten Lesung zugesagt und sie in der Kommission auch vorgenommen. Protest einlegen müssen wir gegen die unanständige Art, wie man gegen die Offiziere vorgegangen ist, die anderer Meinung waren als die Militärverwaltung. Dem Artikel 1 der Vorlage stimmen wir aus militärtechnischen Gründen zu. Die Konferenz haben wir freudig begrüßt, als erste schüchterne Etage auf dem Wege der Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland zu gemeinschaftlicher werktätigen Zivilisationsarbeit. Herr Noske hat alle bürgerlichen Parteien scharf angegriffen. Es war das ein bißchen starker Theaterdonner. (Unruhe b. d. Soz.) Die Haltung der Sozialdemokratie in der Budgetkommission war doch eine andere, dort waren die Herren so milde, so bürgerlich gemäßigt (Htkt.), teilweise ganz verständig (erneute Htkt.) Ich weiß nicht, ob Frau Rosa Luxemburg jetzt befriedigt ist, nachdem Herr Noske 4½ Stunden gesprochen hat, oder ob sie seine Rede auch nur für „abgeschmackte revolutionäre Phraseologie" hält. In der Kommission haben die Sozialdemokraten sich der Schwierigkeit der Mobilisierung nach zwei Fronten nicht verschlossen. Leider haben diese Sitzungen unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattgefunden; sonst wäre die Rede des Herrn Noske hier unmöglich gewesen. (Unruhe b. d. Soz.) — Selbstverständlich mußte die Kommission bei dieser Vorlage eine Gegenrechnung aufstellen, und die zahlreichen Resolutionen stellen ein vollständiges Reformprogramm dar. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die Beseitigung aller Privilegien, aber die Militärverwaltung zeigte eine große Verständnislosigkeit gegenüber modernen Reformen. Ganz automatisch ertönte stets das Wort „Kommandogewalt", die doch ihre Grenze an den Gesetzen und am Budgetrecht des Reichstags finden muß. Die deutschen Offiziere sind durch die Verordnungen, die ohne Mitwirkung des Reichstages erlassen worden sind, rechtloser gemacht als vor 100 Jahren. Ein Protest hiergegen wäre angebrachter gewesen, als der blamable Protest gegen das Jubiläumswerk des größten lebenden deutschen Dichters. (Bravo! links. Lachen rechts.) Das Reformprogramm der Budgetkommission einzulösen, müßte die Aufgabe eines wirklichen Staatsmannes sein. Läßt der Reichskanzler diese glänzende Gelegenheit vorübergehen, bleibt man allen Warnungen gegenüber taub, so lehnen wir die Verantwortung für den Schaden ab, der dadurch der Armee geschehen muß. (Lebh. Beifall links.)

Reichskanzler Dr. v. Bethmann-Hollweg: Meine oberste Pflicht gegenüber der Armee ist, dafür zu sorgen, daß sie in der Treue zum Kaiser, in der festen Disziplin und in einer unbeugsamen Organisation, die durch nichts Fremdes durchbrochen wird, aufrecht erhalten werde. (Beifall.) Das ist die Pflicht, die ich der Armee und dem Volke gegenüber habe. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Ueber die Anzahl der neu aufzustellenden Kavallerieregimenter haben sich in der Kommission Meinungsverschiedenheiten ergeben. Ich überlasse die weiteren Ausführungen hierüber dem Kriegsminister, will aber für meine Person betonen, daß die Forderung der sechs Kavallerieregimenter im Interesse der Sicherung des gesamten Heeresgefüges, der Grenzprovinzen und der Bewohner des Landes aufrecht erhalten werden muß. (Beifall rechts und bei den Natl.) Ich bitte, den Beschluß der Kommission nach dieser Richtung zu revidieren. Die Gründe für diese Vorlage sind von der Kommissionsmehrheit als stichhaltig erkannt worden. Ich nehme das Wort, nachdem von einigen Herren der Zusammenhang zwischen Wehr- und Deckungsvorlagen besprochen und eine Auskunft hierüber erbeten wurde, wie sich die Regierung zu dieser Frage stellt. Nun, es ist ein unbedingtes Erfordernis, daß die Heeresverstärkung unverzüglich ins Werk gesetzt wird. Das ist das oberste Gesetz, nach dem ich meine Haltung regeln muß bis in alle Konsequenzen hinein und regeln werde. (Beifall rechts und bei den Natl.) Daneben steht die Forderung, daß die Finanzen weder des Reiches noch der Bundesstaaten erschüttert werden. Auch das ist ein zwingender Bestandteil der Bereitschaft der Nation. (Zustimmung rechts und bei den Natl.) Unsere Deckungsvorlage zeigt den Weg hierzu. Ich zweifle nicht daran, daß die Wehrvorlage angenommen wird,

---

Müllerliebe.

Roman von George Sand.
Deutsch von Heinrich Hesse.

(2. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Wach gehalten von ungewohnter Tätigkeit und enthusiastischer Begeisterung, war die Nacht, die ihrer letzten Unterredung mit Lemor folgte, fast ebenso schlaflos für Marcella als die vorige. Sie hatte seltsame, bizarre Träume — bald lachend, bald quälend. Endlich bei Tagesgrauen erwachte sie völlig — sie warf einen verträumten Blick auf die Einrichtung ihres Gemaches und war zum erstenmale betroffen von dem unnützen und kostspieligen Luxus, der sich um sie her breit machte: seidene Wandbehänge, Möbel von verweichlichender Bequemlichkeit, tausend verderbliche Geziertheiten und tausend glitzernde Schnurrpfeifereien — kurz der ganze überflüssige Prunk von Vergoldungen, von Porzellan, von geschnitztem Holz und allen Liebhabereien, die heute das Heim einer eleganten Frau so geschmacklos überladen.

„Ich möchte gar zu gerne wissen — dachte sie — warum wir Dirnen und Maitressen so sehr verachten. Sie lassen sich doch nur geben, was wir uns selbst geben können. Sie opfern ihre Scham und ihre Keuschheit dem Besitz dieser Dinge, die in den Augen ernster und weiser Frauen gar keinen Wert haben dürften, und die wir dennoch als unentbehrlich betrachten. Sie haben dieselben Neigungen wie wir, und nur um so reich und glücklich zu erscheinen wie wir, werfen sie sich weg. Wir müßten ihnen erst das Beispiel eines einfachen und ernsten Lebens geben, ehe wir ein Recht haben, sie zu verdammen! . . . Und wenn man unsern unlöslichen Ehebund mit ihren flüchtigen Vereinigungen vergleichen wollte — würde man viel mehr Uneigennützigkeit bei den jungen Mädchen unserer Klasse finden? . . . Würde man bei uns nicht ebenso oft als bei den Dirnen ein Kind vereinigt sehen mit einem Greise . . . würde man nicht die Schönheit geschändet sehen durch die Häßlichkeit des Lasters und den erhabenen Geist der Dummheit unterworfen . . . alles nur aus Liebe zu einem Diamantschmuck, einem Galawagen oder einer Loge in der Oper? O, arme, arme Mädchen . . . Man möchte sagen, daß auch ihr uns gleichfalls verachtet . . . . und ihr habt recht!"

Indessen drang das reine Licht des Morgens durch die Vorhänge und ließ einen zauberischen Glanz in diesem Heiligtum spielen, das die Baronin von Blanchemont zu andern Zeiten mit erlesenem Geschmack eigenhändig dekoriert hatte. Fast stets hatte sie fern von ihrem Gatten gelebt, und dieses hübsche Gemach, so keusch und frisch, in das selbst Heinrich nie einzudringen gewagt — heute rief es nur süße schwermütige Erinnerungen in ihr wach. Hierhin hatte sie sich vor der Welt geflüchtet . . . . hier hatte sie gelesen und sich himmlischen Träumen hingegeben bei dem Dufte dieser Florakinder . . . . von einer Schönheit ohnegleichen, wie man sie nur eben in Paris findet und die heute in dem Leben wohlhabender Frauen eine wichtige Rolle spielen. Sie hatte diesen Zufluchtsort so lauschig und poetisch gestaltet wie nur möglich . . für sich selbst hatte sie ihn geschmückt und verschönt . . . . mit schwärmerischer Liebe hing sie an dieser Stätte, wie an einem geheimnisvollen Asyl . . . . wie an einem paradiesischen Gefilde, wo die Schmerzen ihres Lebens und die Stürme ihrer Seele sich stets besänftigt in der andächtigen Stimmung ihres Herzens. Sie ließ noch einen langen, liebevollen Blick um sich schweifen . . . . . und traumverloren flüsterten ihre Lippen:

„Lebet wohl .... lebt wohl für immer!"

Für ewig nahm sie Abschied von allen diesen stummen Zeugen ihres intimsten Lebens . . . . ihres glücklichen Lebens, im geheimen verborgen wie das der Blüte, bei der die Sonne auch nicht das leiseste Fleckchen zu entdecken vermöchte, die aber dennoch das schöne Köpfchen neigt und es schamhaft unter Blättern verbirgt — aus Liebe zu dem kühlen, frischen Schatten.

„Zufluchtsstätte meiner Wahl, schmückende Gegenstände meines Geschmackes — ich habe euch geliebt!" dachte sie. „Aber ich kann euch nicht mehr lieben . . . . ihr seid die Gefährten und die Priester des Reichtums und des Müßigganges. In meinen Augen verkörpert ihr von nun an alles, was mich von Heinrich trennt. Ich würde euch daher nicht mehr sehen können ohne Abscheu und Bitterkeit — trennen wir uns also, bevor wir uns hassen. Strenge Madonna, du würdest aufhören, mich zu beschützen . . . . reine und tiefe Spiegel, ihr würdet mich verabscheuen lassen das eigene Bild . . . . reizvolle Blumenvasen, ihr würdet weder Anmut noch Düfte für mich haben!"

Ehe sie dann an Heinrich schrieb, wie sie es beschlossen, ging sie auf den Fußspitzen in das Schlafzimmer, um ihr schlummerndes Söhnchen zu betrachten und zu segnen. Der Anblick dieses bleichen Kindes, dessen frühreife Intelligenz sich auf Kosten seiner physischen Kraft entwickelt, erfüllte sie mit inniger Rührung — sie sprach zu ihm in ihrem Herzen, wie wenn der Knabe in seinem sorglosen Schlummer den mütterlichen Gedanken hätte lauschen und sie verstehen können . . . .

„Sei ruhig, Liebling — flüsterte es in ihr — ich liebe ihn ja nicht mehr als dich . . . werde nicht eifersüchtig. Wäre er nicht der beste und würdigste aller Männer — ich würde ihn dir nicht zum Vater geben. Geh, mein kleiner Engel .... deine Mutter liebt dich treu und innig . . . . Schlafe wohl . . . nie soll man dich mir rauben!"

Das Antlitz überströmt von glücklichen Tränen, kehrte Marcella in ihr Zimmer zurück und schrieb diese wenigen Zeilen an Lemor:

„Du hast recht — ich verstehe Dich. Ich bin Deiner nicht würdig — aber ich hoffe, es noch zu werden, denn ich will es. Ich unternehme eine lange Reise. Sorge Dich nicht um mich, und liebe mich auch ferner. In einem Jahre wirst Du am gleichen Tage einen Brief von mir erhalten. Richte Dein Leben so ein, daß Du frei bleibst und zu mir kommen kannst an den Ort, wohin ich Dich rufe. Und wenn Du mich noch nicht genügend bekehrt findest, so wirst Du mir noch ein Jahr Zeit geben . . . . ein Jahr, zwei Jahre leben in süßer Hoffnung — es ist fast des Glückes zuviel für zwei Wesen, die sich schon so lange lieben, heimlich und hoffnungslos . . . ."

In aller Frühe ließ sie dieses Billett bestellen. Doch Lemor war nicht anzutreffen — er war gestern abend abgereist, und man wußte weder wohin noch wie lange er fortbleiben werde. Seine bescheidene Wohnung hatte er gekündigt, doch man versicherte, der Brief würde an ihn gelangen, da einer seiner Freunde den Auftrag habe, täglich seine Korrespondenz abzuholen, um sie ihm nachzusenden.

Zwei Tage später hatte die Baronin von Blanchemont mit einer Kammerfrau und einem Diener die Reise angetreten — im Postwagen durchquerten sie die Einöden der Bologne.

Als sie achtzig Meilen von Paris entfernt war, befand sich die Reisende im Herzen Frankreichs — sie übernachtete in einer Stadt, die Blanchemont in dieser Richtung am nächsten lag. Blanchemont war noch fünf bis sechs Meilen entfernt. Aber trotz aller neuen Landstraßen, die man in den letzten Jahren dem Verkehr übergeben, unterhält das Landgebiet im Zentrum von Frankreich noch so wenig Verbindungen, daß es schon schwer hält, für eine kurze Entfernung von den Bewohnern eine genaue Auskunft über die Gegend zu erhalten. Zwar wissen alle den Weg zur Stadt oder zum Nachbarkreise, wohin ihre Geschäfte sie von Zeit zu Zeit führen. Aber frägst du in einem Weiler nach dem Wege zum nächsten Pachthof, der nur eine Meile entfernt liegt, so wird man es dir kaum sagen können — es gibt ja so viele Wege, und einer gleicht dem andern . . . . .

Als sie daher am andern Morgen in aller Frühe aufstanden, um ihre Vorbereitungen für die Weiterreise ihrer Herrin zu treffen, konnte die Dienerschaft der Baronin von Blanchemont weder von dem Wirt des Gasthofes, noch von seinem Personal und ebensowenig von den verschlafenen ländlichen Reisenden eine Auskunft über das Gut von Blanchemont erlangen. Niemand wußte recht, wo es überhaupt lag. Der eine kam von Montluçon, der andere kannte Chanteau-Meillant — alle hatten Ardentes und La Chatre hundertmal durchquert, aber von Blanchemont wußte man nur den Namen.

[...] der Wehrbeitrag als außergewöhnliche [...] zur Deckung der außergewöhnlich hohen einmaligen Ausgaben. Auf Einzelheiten, wie sich dieser Wehrbeitrag bisher in der Kommission gestaltet hat, gehe ich nicht ein, denn wir stehen noch vor der zweiten Kommissionslesung. Ueber die Deckung der laufenden Ausgaben ist noch keine Einigung gefunden. Aber Sie, die Sie die Wehrvorlage bewilligen wollen, wollen sie nicht auf dem Papier bewilligen, Sie wollen Sie bezahlen, und deshalb müssen wir und werden wir die Einigung finden. Ein Volk, dessen parlamentarische Vertretung in der Mehrheit erkannt hat, daß seine Wehrmacht gestärkt werden muß, weil es die Sicherheit und der Schutz des Vaterlandes verlangen, hat ein Recht darauf, daß ihm dieser Schutz auch wirklich gewährt wird. Auf dem von uns eingeschlagenen Weg gibt es kein Zurück. Wir können nicht das Volk um den Schutz betrügen, von dem wir überzeugt sind, daß er ihm nottut. Das wäre eine Versündigung am Vaterland, deshalb werde ich mich mit allen Mitteln dafür einsetzen, daß die Wehrvorlage zu dem Zeitpunkt ins Werk gesetzt wird, den die Vorlage vorsieht. Dahin werde ich nachdrücklich mit Ihnen arbeiten und wenn nötig ist, auch kämpfen, daß die Mittel bereit gestellt werden, die dazu gehören. Wenn ich dazu nicht fest entschlossen wäre, hätte ich die Vorlage überhaupt nicht eingebracht. Sie, die Sie in der Kommission für die Wehrvorlage gestimmt haben, müssen derselben Ansicht sein. Deshalb lassen Sie uns jetzt handeln (Abg. Dr. Weill [SD.]: Kuhhandeln! — Abg. Bassermann [NL.]: Das tun wir seit drei Tagen! — Heiterkeit) und ein Werk zum Abschluß bringen, für dessen Scheitern kein Mensch die Verantwortung tragen könnte. (Beifall rechts und bei den Natl.)

von Liebert (Rp.) tritt für eine starke Vermehrung der Kavallerie ein, denn die russische sei viel stärker. Bei Kirkilisse hätten die Bulgaren die türkische Armee vernichtend schlagen können, wenn sie Kavallerie besessen hätten und die Kavallerie Gneisenaus hat nach Belle-Alliance durch die Verfolgung Napoleons den Krieg in einem Tag entschieden, während die Japaner 1904 ihre Siege ohne Kavallerie nicht ausnutzen konnten. Ein stärkerer Grenzschutz ist nötig, deshalb brauchen wir mindestens die vorgeschlagenen Regimenter. Auch die Abstriche an den Offiziersstellen lassen sich nicht rechtfertigen.

Colshorn (Welfe) spricht sich für die Vorlage in der Fassung der Kommission aus.

Bassermann (NL.): Wir teilen den Standpunkt des Reichskanzlers, daß die Verabschiedung der Wehrvorlage ein Gebot nationaler Notwendigkeit ist, ebenso wie die Annahme des Wehrbeitrags. Hoffentlich wird sich die Regierung mit gewohnter Energie (Heiterkeit) für die Regierungsvorlage in einzelnen beanstandeten Teilen einsetzen. Wir halten es für dringend wünschenswert, in fortgesetzter Tätigkeit in diesem Sommer die Deckungsfrage zu erledigen und ich hoffe, daß wir dabei zu einer befriedigenden Einigung kommen. Wir bitten aber, die Deckung für die fortlaufenden Ausgaben durch eine allgemeine Reichsbesitzsteuer und nicht durch Abwälzung auf die Matrikularbeiträge zu schaffen. Der Mahnung zu intensiver Tätigkeit bedarf es wirklich nicht. (Sehr richtig! links.) Was die Ausführungen des Reichskanzlers über die Resolutionen anlangt, so möchte ich ihm doch diese zum Teil mit großer Mehrheit von der Budgetkommission beschlossenen Resolutionen recht warm ans Herz legen. Bei den großen Opfern, die hier gefordert werden, ist das Verlangen gewiß berechtigt, daß auch Reformen ins Werk gesetzt werden, die zum Teil seit Jahrzehnten von uns verlangt werden. Es ist nicht richtig, sie mit einer leichten Handbewegung beiseite zu schieben. (Sehr richtig! links.)

Redner tritt des weiteren für den nationalliberalen Antrag auf Wiederherstellung der gestrichenen Kavallerieregimenter ein.

Das Haus vertagt sich.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Noske (SD.): Gegenüber Herrn Erzberger stelle ich fest, daß ich nicht von einem Rückgang der Tauglichkeit gesprochen habe, sondern die Tatsache mitgeteilt habe, daß mehr als 40 % der Stellungspflichtigen in Deutschland zum Militärdienst untauglich sind. Es ist mir auch nicht eingefallen, die Fliegeroffiziere, die ihr Leben für den Dienst eingesetzt haben, irgendwie herabzuwürdigen. Die Zeitungsartikel von Rosa Luxemburg, auf die Herr Müller-Meiningen anspielte, kenne ich gar nicht. Zurückweisen muß ich seine Behauptung, als sei meine gestrige Rede nicht in Uebereinstimmung zu bringen mit Erklärungen meiner Parteigenossen in der Kommission. Uebrigens stelle ich fest, daß jene Erörterungen vertraulicher Natur waren (Hört, hört! bei den Soz.), sodaß es mir garnicht möglich ist, nachzuweisen, daß Herr Müller von irrigen Voraussetzungen ausging. Was die Atlaswerke anlangt, so kann ich jetzt auf Grund des Prospektes feststellen, daß jedenfalls Herr v. Böhlendorff-Kölpin zu dem Gründungsausschuß gehört. (Hört, hört! bei den Soz.)

Erzberger (Z.): Herr Noske hat gesagt, die Heeresverwaltung hätte nicht den Befähigungsnachweis für das Flugwesen erbracht. Darum war ich berechtigt, einen Angriff auf die Flugzeugoffiziere zu erblicken.

Dr. Müller-Meiningen (Vp.): Die betreffenden Kommissionsverhandlungen waren nur insoweit vertraulich, als es sich um Mitteilungen der Militärverwaltung und ihre Behandlung durch Abgeordnete handelte. Ich wundere mich, daß gerade von Seiten der Sozialdemokraten eine so mimosenhafte Empfindlichkeit gezeigt wird, die sonst doch immer erklären, alles, was ein Abgeordneter in Ausübung seines Mandats sagt, sei Allgemeingut.

Noske (SD.): Ich stelle wiederholt fest, daß ich wie alle meine Parteigenossen Wort für Wort zu den Darlegungen in der Kommission stehen, daß also der von Herrn Müller konstruierte Gegensatz nicht besteht.

v. Böhlendorff-Kölpin (K.): Ich stelle fest, daß ich mit keinem Mitglied der Regierung irgend eine Silbe über die Atlaswerke gesprochen habe.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Fortsetzung.)

Aus der Partei.

Der diesjährige Parteitag. Der Parteiausschuß hat in Uebereinstimmung mit dem Parteivorstand beschlossen, den Parteitag in Jena abzuhalten, und zwar vom Sonntag, den 14. September ab. Die Tagesordnung wurde wie folgt festgesetzt:

1. Geschäftsbericht des Parteivorstandes.
   a) Allgemeiner Bericht.
   Referent: Gen. Scheidemann.
   b) Kassenbericht, Referent: Gen. Braun.
2. Bericht der Kontrollkommission,
   Referent: Gen. Kaden.
3. Bericht der Reichstagsfraktion,
   Referent: Gen. H. Schulz.
4. Maifeier, Referent: Gen. Ebert.
5. Steuerfrage,
   Referenten: Gen. Wurm u. Dr. Südekum.
6. Sonstige Anträge.
7. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission usw.

Aus den Parteiorganisationen. Der erste weimarische Wahlkreis (Weimar-Apolda-Ilmenau) hielt am Sonntag seine Jahresversammlung in Weimar ab. Beschlossen wurde, vom 1. Oktober ab den Wochenbeitrag von 10 Pfg. einzuführen. Als Kandidat für die nächsten Reichstagswahlen wurde einstimmig der Abg. Gen. Baudert wieder aufgestellt. Ferner wurden für eine Anzahl Landtagswahlbezirke die Kandidaten für die im Jahre 1915 stattfindenden Landtagswahlen nominiert.

Die Leistungen des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie. In einem Zirkular vom 6. Juni 1913 teilt der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie seinen Mitgliedern mit, was er bisher gegen die Sozialdemokratie unternommen hat. Demnach verbreitete er bisher 170 Flugblätter in 42 Millionen Exemplaren, die größten davon waren: „Teurung und Sozialdemokratie" 1 985 000; „Was wollen die Sozialdemokraten?" 1 648 000; „Vierzig Jahre Deutsches Reich" 1 552 000 und „Die neuen Reichssteuern" 1 514 000.

Alle diese Flugblätter liegen vor der letzten Reichstagswahl, das Resultat war 4½ Millionen Stimmen und 110 Abgeordnete für die Sozialdemokratie! Ferner hat der Reichsverband seinen Volkskalender in 300 000 Exemplaren à 5 Pfg. und seine Korrespondenz in 1 300 000 Stück verbreitet. Er hat zirka 500 Personen in 12 Lehrkursen von 8 bis 14 Tagen Dauer zur Tötung der Sozialdemokratie abgerichtet und dasselbe außerdem bei 240 Volksschullehrern versucht, die „nationalökonomische politische" Kurse besuchten. Schließlich rühmt sich der Reichsverband, daß der größte Teil der gelben Arbeitersekretäre aus seinen Schulen hervorgegangen sind — sie sind auch danach —, und daß er 51 Rechtsauskunftsstellen unterhält. Die ganze Berichterstattung geschieht aber aus dem Grunde, weil der vielgerühmten Organisation der Draht auszugehen droht, denn alle paar Zeilen wiederholt sich die Versicherung, daß man die Arbeit fortführen würde, „sofern die entsprechenden Mittel vorhanden wären, wenn ihm weitere Mittel zur Verfügung ständen". Es ist also gar nicht so unwahrscheinlich, daß einige der Reichsverbandsgründungen demnächst mit lautem Krachen zusammenstürzen.

Kriegervereins-Terrorismus. Dem Vertrauensmanne der sozialdemokratischen Partei in Patschkau in Oberschlesien ging folgendes Schreiben zu:

„G. H.! Durch Maßregelung des hiesigen Kameradenvereins bin ich genötigt, Ihnen mitzuteilen, daß ich Ihnen mein Billardzimmer zu Monatsversammlungen nicht mehr geben kann, wenn ich nicht durch Verfügung des Landkriegerverbandes aus dem Vereine ausgestoßen werden soll, was ich als alter Wachtmeister vermeiden muß. Dieserhalb keine Feindschaft, als Gäste sind Sie mir stets willkommen. Mit bestem Gruß Achtungsvoll Emil Matzker."

Es ist immer das alte Lied — Terrorismus und Geschäftsschädigung verüben nur die Sozialdemokraten!

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegung in der Steinindustrie. Im Granitwerk „Ruhebänke" in Sebnitz (Sachsen) streiken die Arbeiter. Die Firma lehnte auch das geringste Lohngeständnis ab; sie bemüht sich jetzt um Granitarbeiter aus anderen Gebieten. — In Crailsheim-Schwäbisch-Hall streiken die Sandsteinmetzen der Firma Burrer. Der Unternehmer lehnte es ab, mit den Arbeitern zu verhandeln. — Der Streik der Granitarbeiter in Hasserode, an dem 450 Arbeiter beteiligt sind, geht ungeschwächt weiter. — Den Pflastersteinmachern der Firma Buß in Wurzen ist es zum ersten Male gelungen, einen Tarifabschluß durchdrücken zu können. Im Vorjahre mußten die Arbeiter, 150 an der Zahl, einen sechswöchigen Streik führen, der aber resultatlos abgebrochen werden mußte. — Die Brecher der „Granitgewerkschaft" in Wunsiedel (Fichtelgebirge) konnten soeben einen umfangreichen Tarif mit bedeutenden Lohnzulagen zum Abschluß bringen. Das Granitwerk Bruchner in Wunsidel erkannte den Normaltarif für die Fichtelgebirgs-Steinindustrie nach längerer Verhandlung an. Die Arbeiter haben dadurch ihre Position wesentlich verbessert. — Im Mainsandsteingebiet Unterfrankens haben die Unternehmer die Steinmetzen ausgesperrt. Die Unternehmer weigern sich hartnäckig, einen Tarif auf der Grundlage der Flächen- und Gliederberechnung abzuschließen. — Im Marmorwerk Thust zu Oberpeilau (Schlesien) konnte die Lohnbewegung mit Erfolg abgeschlossen werden. — Der Streik im Münchener Steinmetzgewerbe konnte durch Vermittlung des Gewerbegerichtsdirektors Dr. Prenner für die Steinmetzen in günstigem Sinne beendet werden. — In Steinach (Sachsen-Meiningen) sind bei der Firma Mohr 60 Griffelmacher wegen Nichtbewilligung einer Lohnzulage ausständig geworden.

Aussperrung der christlichen Textilarbeiter und -Arbeiterinnen in Bocholt. Der christliche Textilarbeiterverband in Bocholt hatte Lohnforderungen eingereicht, die die christlich-katholischen Textilfabrikanten nicht bewilligten. Statt dessen antworteten diese Herren am Sonnabend mit der Aussperrung sämtlicher Textilarbeiter und -Arbeiterinnen, die nach Ablauf einer 14tägigen Kündigungsfrist beginnen soll. In Betracht kommen etwa 6300 Arbeiter und Arbeiterinnen. In eingeweihten Kreisen glaubt man nicht, daß es zur Aussperrung kommen wird, da man es auch hier mit einem christlichen Agitationsbluff zu tun haben dürfte.

Die Aussperrung der Perlenmacher im Fichtelgebirge dauert bereits seit dem 30. April. Wie bei allen Streiks in letzter Zeit, so spielen auch hier die Christlichen den Verräter. In Oberwarmensteinach arbeiten seit dem 29. April ca. 30 Christliche. Schon kurz nach Ausbruch des Streiks hielten sie eine Versammlung ab, zu der keiner der übrigen Ausgesperrten Zutritt hatte. Es wurde eine Kommission gewählt, die bei einem der Fabrikanten vorstellig werden sollte, um eine Verständigung im Sinne der Christen herbeizuführen. Der Fabrikant Trassel gewährte sofort eine Lohnerhöhung von 5 %. Die Ausgesperrten hätten sich vor der Aussperrung mit dieser Lohnerhöhung begnügt. Jetzt sperrten aber die Unternehmer die frei organisierten Arbeiter aus und gewähren den Christen die Lohnerhöhung. Vor der Aussperrung erklärten die Fabrikanten, daß die Arbeit nicht drängt, und daß, selbst wenn sich unorganisierte Arbeiter zu niedrigeren Löhnen anbieten würden, sie für diese keinerlei Arbeit hätten. In Warmensteinach und Bischofsgrün nimmt die Bewegung ihren Fortgang. Die Arbeiter beharren auf der geforderten Lohnerhöhung und stehen geschlossen im Streik. Wie aber versucht wird, die Ausgesperrten nachgiebig zu machen, zeigt folgendes Vorkommnis aus Bischofsgrün. Ein Teil der ausgesperrten Arbeiter erhielt im Forstrevier Beschäftigung. Der Forstmeister meinte, es sei ihm angenehm, Arbeiter zum Ausbessern der Wege zu haben, für längere Zeit wäre Arbeit vorhanden.

„Es ist ein ertragreiches Gut!" behauptete einer. „Ich kenne den Pächter, aber ich bin niemals dort gewesen. Es ist sehr weit von uns — zum mindesten an vier große Meilen."

„Donner ja!" fluchte ein anderer, „noch im letzten Jahre habe ich ja die Blanchemonter Ochsen auf dem Jahrmarkt von Berthenoux gesehen und habe mit Herrn Bricolin, dem Pächter, gesprochen, wie ich jetzt mit euch spreche. Ach gewiß, gewiß! .... Ich kenne Blanchemont .... aber ich weiß wirklich nicht, in welcher Richtung es liegt."

Die Magd wußte keinen Bescheid in der Umgegend — wie alle Mägde der Gasthöfe, war sie erst kurze Zeit am Orte.

Die Kammerfrau und der Diener waren gewohnt, ihrer Herrin nach prächtigen Wohnsitzen zu folgen, die auf mehr denn zwanzig Meilen in der Runde bekannt waren und vor allem in zivilisierten Gegenden lagen — jetzt glaubten sie sich fast in dem ödesten Teile der Sahara. Sie machten lange Gesichter, und ihre Eigenliebe fühlte sich hart getroffen, als sie ohne jeden Erfolg den Weg nach dem Schlosse erfragen mußten, das sie mit ihrer Anwesenheit zu beehren gedachten.

„Es ist also eine Baracke — wohl gar eine Höhle?" sagte Suzanne mit verächtlicher Miene zu Lapierre.

„Es ist der Palast der Korybanten!" antwortete Lapierre — er hatte in seiner Jugend sehr für ein Melodrama geschwärmt, betitelt „Das Schloß von Korisande", und wandte diesen Namen verschämt auf jede Ruine an, die er zu Gesicht bekam.

Endlich aber kam dem Stallburschen ein glücklicher Gedanke.

„Ich weiß aber an der Haustüre einen Mann, der es euch gewiß sagen kann, denn es ist sein Handwerk, die Gegend Tag und Nacht zu durchstreifen — es ist der lange Ludwig, auch der große Mehlhändler genannt."

„Meinetwegen — fragen wir also den langen Ludwig!" sagte Suzanne. „Aber wie es scheint, hat der sein Schlafzimmer am höchsten Ende der Leiter?"

Indem er mit den langen Armen schlenkerte und die Kniegelenke krachen ließ, stieg Ludwig in aller Gemütsruhe von dem [illegible] Heuboden herunter. Als Lapierre diese [illegible] Glieder und die entschlossenen Gesichtszüge sah, legte er den hochfahrenden Ton des Grundeigentümers ab und stellte seine Fragen mit aller Höflichkeit. Der Müller war in der Tat gut unterrichtet. Doch bei den Aufschlüssen, die er gab, hielt Suzanne es für nötig, ihn zu der Baronin zu führen — sie war im Speisezimmer und trank gerade mit dem kleinen Eduard ihre Schokolade. Aber weit entfernt, die Bestürzung ihrer [illegible] zu teilen, gab sie unverhohlen ihrer Freude Ausdruck, als sie erfuhr, Blanchemont liege in einer weltverlorenen Gegend — fast unauffindbar.

Der vorbildliche Typus des Menschen, der vom ersten Tage seines Lebens an gesunde Ackerluft geatmet — das war der Recke, der sich in diesem Augenblick vor Marcella präsentierte. Er maß fünf Fuß acht Zoll — eine beträchtliche Körpergröße in einem Lande, wo die Menschen im allgemeinen ziemlich klein sind. Er war von stämmigem Ebenmaß — wohlgebaut, ungezwungen und frei, und die Schönheit seiner Gesichtszüge war bemerkenswert. Die schwärmerischen Mädchen seines Ortes nannten ihn begeistert den schönen Müller, und dieser Beiname war ebenso wohlverdient als der andere. Sobald er mit dem Aufschlag des Aermels das Mehl abstäubte, das gewöhnlich seine Wangen bedeckte, kam ein brauner, von dem schönsten Farbenton belebter Teint zum Vorschein.

Seine Züge waren von regelmäßiger Schönheit und nicht weniger kühn als seine kraftvollen Glieder, seine Augen waren schwarz und wohlgespalten, die Zähne blendend weiß, und sein langes, kastanienbraunes Haar leicht gewellt und gekräuselt wie das eines Kraftmenschen, umrahmte winkelrecht eine breite, schön gewölbte Stirn, die weniger ein dichterisches Ideal als List, Verschlagenheit und gesunden Menschenverstand verriet. Bekleidet war er mit einer weiten blauen Bluse und einer Hose aus grauer Leinwand. Er trug kurze Strümpfe, schwere eisenbeschlagene Schuhe und einen wuchtigen Eichenknüttel, der in einen Astknoten auslief und somit als keulenartiges Werkzeug in der Hand dieses Giganten unter Umständen recht gefährlich werden konnte.

Er trat ein mit einer Sicherheit, die man für Frechheit hätte halten mögen, wenn nicht die Sanftmut seiner klaren blauen Augen und das Lächeln der vollen hochroten Lippen bezeugt hätten, daß edle Offenherzigkeit, Güte und eine Art philosophischer Gleichmut die Grundzüge seines Charakters bildeten.

„Seien Sie mir gegrüßt, Madame", sagte er, indem er seinen grauen, breitrandigen Filzhut berührte, ohne ihn jedoch vom Kopfe zu nehmen — so höflich der alte Bauer ist und so gern er jeden Menschen grüßt, der bessere Kleidung trägt als er, so bemerkenswert sind jene Trotzköpfe, die nach der Dekade der Revolution zählen, durch das hartnäckige Anhaften der Kopfbedeckung auf ihrem Haar ....

„Es wird mir gesagt, Sie möchten gern den Weg nach Blanchemont von mir wissen?" fügte er hinzu.

Bei der vollen klangreichen Stimme des Müllers ging ein Zittern durch Marcellas Körper — sie fuhr erschreckt zusammen, denn sie hatte ihn nicht eintreten sehen, und wandte sich lebhaft um — anfänglich ein wenig überrascht von seinem Auftreten. Allein es ist das erhabene Privileg der Schönheit — als sie sich gegenseitig mit prüfenden Blicken betrachteten, vergaßen der junge Müller und die junge Dame sofort jene Art Mißtrauen, das der Standesunterschied bei der ersten Annäherung stets hervorzurufen pflegt. Nur glaubte Marcella, als sie ihn zu Vertraulichkeiten geneigt sah, ihn durch ausgesuchte Höflichkeit an die Rücksichten erinnern zu müssen, die er ihrem Geschlecht schuldete.

„Ich danke Ihnen sehr für Ihre Gefälligkeit", sagte sie, indem sie grüßend den Kopf neigte, „und ich bitte Sie, mein Herr, mir doch sagen zu wollen, ob von hier ein fahrbarer Weg zu dem Pachthof von Blanchemont führt."

Ohne dazu eingeladen worden zu sein, hatte der große Müller schon einen Stuhl genommen, um sich zu setzen. Doch als er sich „mein Herr" nennen hörte, rief der seltene Scharfblick, mit dem er begabt war, die Erkenntnis in ihm wach, daß er es hier mit einer wohlwollenden und achtbaren Persönlichkeit zu tun habe — ohne die Fassung zu verlieren, nahm er seinen Hut bedächtig ab, und seine Hände auf die Lehne des Stuhles legend, wie um sich in Positur zu setzen, erwiderte er:

„Es gibt einen nicht sehr sanften Gemeindeweg, doch bei einiger Vorsicht ist keine Gefahr des Umstürzens vorhanden — die ganze Kunst besteht nur darin, ihn einzuhalten und nicht einen anderen einzuschlagen. Ich werde dies schon Ihrem Postillon klar machen. Das sicherste wäre allerdings, hier am Orte eine Landkutsche zu nehmen, denn die letzten Gewitterregen haben das Schwarze Tal arg mitgenommen, und ich möchte nicht gerade behaupten, die kleinen Räder Ihres Wagens seien für die tiefen Rinnen und Fahrgleise hoch genug. Es kann ja möglich sein, aber ich möchte doch nicht dafür einstehen."

„Ich sehe, Ihre Wagengleise verstehen keinen Spaß — es wäre das Klügste, Ihrem Rate zu folgen. Aber sind Sie auch ganz sicher, daß eine Landkutsche nicht umstürzen wird?"

„O .... haben Sie keine Angst, gnädige Frau!"

„Ich ängstige mich nicht um mich, sondern um diesen kleinen Knaben — das ist es, was mich so vorsichtig macht."

„Gewiß — es wäre schade, wenn der Kleine zerschmettert werden würde!" pflichtete ihr der große Mehlhändler bei, indem er sich dem kleinen Eduard mit herzlichem Wohlwollen näherte. „Wie allerliebst und artig er ist — der kleine Mann!"

„Er ist sehr zart, nicht wahr?" fragte Marcella lächelnd.

„Ah ... leider. Er ist nicht stark, aber hübsch wie ein Mädchen. Du kommst also zu uns in unsere Heimat, mein Junge?"

„O, wie groß du bist!" schrie Eduard und hing sich an den langen Ludwig, der sich zu ihm herabgebeugt hatte. „Laß mich doch einmal an die Decke fassen!"

(Fortsetzung folgt.)

Veranlassung der Fabrikanten. Allem Anschein nach will man die Arbeiter gefügiger machen dadurch, daß ihnen die Forstarbeit entzogen wird. Die Unternehmer werden ihre Rechnung aber vergeblich gemacht haben.

Auch ein Grund zur Maßregelung. Weil sie ihre Steuerreklamation nicht zurückziehen wollten, entließ der Direktor des Residenz-Cafés in Breslau eine Anzahl seiner Gastwirtsangestellten. Die Kellner waren zu hoch eingeschätzt und legten Berufung ein unter Hinweis darauf, daß sie gar keinen Lohn oder Gehalt erhalten, sondern im Gegenteil noch täglich 50 Pfennig für Essen und die Versicherungsbeiträge aus den erhaltenen Trinkgeldern dem Chef abführen müssen! Es war dem Inhaber des Cafés natürlich recht peinlich, diese bloßstellenden Tatsachen der Steuerbehörde zugeben zu müssen, und so warf er die Reklamierenden einfach aufs Pflaster. Jetzt haben zehn der Angestellten von dreizehn die Maßregelung ihrer Kollegen mit einem Ausstand beantwortet; sie verlangen jetzt wenigstens 20 Mark Gehalt pro Monat.

Streikjustiz. Wegen Maßregelung an 5 Arbeitern und schlechter Behandlung traten die im Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein organisierten Arbeiter der Firma Born u. Schütze in Thorn in den Streik. Das Zentralorgan des Gewerkvereins stellt fest, daß bei nur 19 Streikenden sich folgendes Strafregister bildete:

„Wegen Anheften eines Flugblattes am Zaun 1 Mann 10,40 Mk., wegen Stehens auf den Bürgersteig 6 Mann zu 6,30, bezw. 11,50, 6,50 und 3 Mk., wegen Flugblattverbreitung auf öffentlicher Straße 1 Mann 22,30 Mk. Dann wurden vom Gericht folgende Strafen verhängt: wegen Nötigung und Bedrohung 2 Mann je 5 Tage Gefängnis, wegen Bedrohung mit „Totschlag" 1 Mann 20 Tage Gefängnis, wegen Beleidigung von Streikbrechern 2 Mann je 3 Tage Gefängnis."

Das Blatt meint, daß unsere Justiz schnell arbeitet, wenn es gegen Streikende geht und daß gegen diese wegen der geringfügigsten Vergehen harte Strafen verhängt würden. Diese Erfahrungen machen nun alle Gewerkschaftsrichtungen, wenn sie den Kampf gegen den geheiligten Profit der Kapitalisten aufnehmen und von diesen auch etwas für die Arbeiter herauszuschlagen hoffen. Das sollte aber nun auch alle Gewerkschaftsrichtungen veranlassen, allen Bestrebungen, die auf eine Verschärfung der Strafen für Streikvergehen hinauslaufen, aufs schärfste sich zu widersetzen. Aber da hapert es noch bei den Hirsch-Dunckerschen und bei den Zentrumsgewerkschaften.

Soziales.

Die Versicherungsarten der Volksfürsorge. Bei der Festsetzung der Tarife der Volksfürsorge kam es hauptsächlich darauf an, sie so zu gestalten, daß den Bedürfnissen der Versicherungsnehmer in ihren verschiedenartigsten Lebens- und Erwerbsverhältnissen Rechnung getragen wurde. Das ist dadurch erreicht, daß vermieden wurde, den Versicherungsnehmer, wie dies von anderen Gesellschaften geschieht, auf eine lange Periode, eventuell auf die ganze Zeit seines Lebens, zu binden. Auch bei der reinen Todesfallversicherung ist eine abgekürzte Prämienzahlung von längstens 15, 20, 25, 30, 35 und 40 Jahren vorgesehen. Der gleiche Grundsatz ist bei allen Tarifen gewahrt, bei der Versicherung auf den Todes- und Erlebensfall, bei welchem das versicherte Kapital beim Tode, spätestens nach Ablauf von 15, 20, 25, 30, 35 und 40 Jahren fällig wird, ebenso bei der abgekürzten Todesfallversicherung mit zehnjähriger Prämienzahlung. Das versicherte Kapital wird bei diesem Tarif beim Tode, spätestens mit vollendetem 65., 60., 55., 50., 45., 40. und 35. Lebensjahre fällig. Bei der Kinderversicherung ist die Prämienzahlung ebenfalls auf eine kürzere Periode als bei anderen Gesellschaften, je nach dem Eintrittsalter von 0 bis 6 Jahren, auf 15 resp. 9 Jahre beschränkt. Dem Versicherungsnehmer ist auch unbenommen, gleichzeitig mehrere Versicherungen bei der Volksfürsorge einzugehen, z. B. eine Todesfallversicherung und eine Todes- und Erlebensfallversicherung. Eine Beschränkung tritt nur insofern ein, daß die Gesamtversicherungssumme auf Grund der bisher genannten und des Risikoversicherungstarifs 1500 Mark nicht übersteigen darf. Die Versicherungssumme von 1500 Mark ist die höchstzulässige Versicherungssumme bei der sogenannten kleinen Lebens- oder Volksversicherung, bei welcher eine ärztliche Untersuchung nicht stattfindet. Ueber diese Summe hinaus kann bei der Volksfürsorge ein Versicherungsnehmer seine Versicherungssumme noch steigern, indem er zu seiner Kapitalversicherung mit festen Halbmonatsprämien eine Versicherung mit zwangloser Prämienzahlung nimmt. Der Höchstbetrag der Einzahlungen bei dieser Sparversicherung beträgt 60 Mk. in einem Jahre. Jede Einlage gilt als die Zahlung einer einmaligen Prämie und wird mit der dem Alter des Versicherten entsprechenden Position des Tarifs kapitalisiert. Zu der Sparversicherung werden Marken im Werte von 10 und 50 Pfg. verabfolgt. Der Versicherte kann also je nach seinen Verhältnissen, wann immer es ihm möglich ist, Sparversicherungsmarken kaufen und in seine Prämienkarte einkleben. Zur Gutschrift gelangen die auf einer Prämienkarte geklebten Marken erst dann, sobald sie einen Wert von mindestens 5 Mk. erlangt haben. Diese Sparversicherung ist eine Todes- und Erlebensfallversicherung. Die Versicherungssumme wird beim Tode, spätestens mit vollendetem 65., 60., 55., 50., 45., 40. und 35. Lebensjahre gezahlt. Ferner besteht eine Kindersparversicherung in Verbindung mit einer Sparversicherung für die Schulentlassung, Leistung der Militärpflicht oder die Beschaffung der Aussteuer. Bei den Sparversicherungen und ebenfalls bei der Risikoversicherung ist eine Gewinnbeteiligung vorläufig nicht eingeführt. Diese Tarife sind mit ganz geringen Verwaltungskosten kalkuliert, so daß es, bevor nicht eine Erfahrung aus den Ergebnissen einiger Jahre vorliegt, bedenklich erschien, bei den für die Versicherten äußersten günstigen Tarifpositionen ihnen einen Gewinn in Aussicht zu stellen. Stellt sich durch die für jeden Tarif zu führende Spezialabrechnung heraus, daß dennoch ein Gewinn regelmäßig sicher ist, so wird auch bei diesen Tarifen die Gewinnbeteiligung der Versicherten eingeführt werden. Die Risikoversicherung ist in der von der Volksfürsorge gewählten Form zum erstenmal angeführt. Die ihr zugrunde liegende Idee ist eine höchst einfache. Auch die Sterblichkeit der Menschen unterliegt, sofern es sich um Massen handelt, einer gewissen Gesetzmäßigkeit. Das wahrscheinliche Risiko, welches eine Gesellschaft bei Lebensversicherungen zu tragen hat, läßt sich für Personen gleichen Alters für ein Jahr feststellen. Die Volksfürsorge legt ihrer Risikoversicherung eine Periode von zehn Jahren zugrunde. Die Risikoversicherung ist nur in Verbindung mit der Sparversicherung in der Art zulässig, daß der Versicherungsnehmer für jede Mark Sparversicherungsprämie, die er während der ersten zehn Jahre der Versicherung durchschnittlich zu zahlen beabsichtigt, die in dem Risikotarif verzeichnete Anfangsversicherungssumme zusätzlich der Versicherungssumme des Sparversicherungstarifs, einmal versichern kann. Die für die Zusatzversicherung zu zahlende einmalige Risikoprämie beträgt pro Mark der durchschnittlich jährlich für zehn Jahre zu zahlenden Sparversicherungsprämie 1,50 Mk. Die Risikoversicherung ist bei Beginn der Versicherung auf einmal oder in regelmäßigen Halbmonatsraten im ersten Versicherungsjahre zu zahlen. Die zusätzlich versicherte Risikoversicherungssumme wird gezahlt, wenn der Tod nach Ablauf einer Karenzzeit von einem Jahr in den nächsten zehn Jahren eintritt; im ersten Versicherungsjahre werden nur die eingezahlten Prämien zurückgezahlt. Risiko- und Sparversicherung ergänzen sich gegenseitig. Durch die Einzahlungen auf Sparversicherung steigt die Gesamtversicherungssumme trotz der zehnprozentigen Herabsetzung der Risikoversicherungssumme.

Einfluß der Wohnungsverhältnisse auf die körperliche Entwicklung der Kinder. Eine von der Glasgower Schulbehörde in den öffentlichen Volksschulen angestellte Untersuchung über den Einfluß der Wohnungsverhältnisse und der materiellen Lage der Eltern auf die körperliche Entwicklung der Kinder hat zu den Ergebnissen geführt, die der höchsten Beachtung wert sind und den „Fluch der Armut" in scharfe Beleuchtung rücken. Die Untersuchungen, welchen alle Kinder von fünf bis siebzehn Jahren unterworfen wurden, führten mit Bezug auf Körpergewicht und Körpermaß unter Berücksichtigung der Wohnungsverhältnisse zu folgenden Resultaten:

		Pfd.	Zoll		Pfd.	Zoll
1 Zimmer	Knabe	52,6	46,6,	Mädchen	51,5	46,3
2 Zimmer	Knabe	56,1	48,1	Mädchen	54,8	47,8
3 Zimmer	Knabe	60,6	50,0,	Mädchen	59,4	49,6
4 Zimmer	Knabe	64,3	51,3,	Mädchen	65,5	51,6

Der amtliche Bericht sagt dann weiter: „Diese Ziffern zeigen, daß das in der Ein-Zimmer-Wohnung aufgewachsene Kind, ob Knabe oder Mädchen, immer kleiner und leichter ist als das Zwei-Zimmer-Kind, und dieses wieder kleiner als das Drei-Zimmer-Kind usw. Die Zahl der untersuchten Kinder und der Verhältnisse, unter denen sie aufgewachsen sind, lassen bei den gleichmäßigen Ergebnissen nur den Schluß zu, daß das ärmste Kind durch die ungünstigen Verhältnisse der Ernährung und Behausung am schwersten zu leiden hat. Es kann kein Zufall sein, daß Knaben, die in der Ein-Zimmer-Wohnung aufwuchsen, durchschnittlich 11,7 Pfund leichter und 4,7 Zoll kleiner sind als Knaben, die in einer Vier-Zimmer-Wohnung aufwuchsen, und ebenso kann es kein Zufall sein, daß bei den Mädchen der Unterschied zwischen beiden Kategorien 14 Pfund und 5,3 Zoll beträgt."

Kommunales.

Eine kommunalpolitische Ungeheuerlichkeit. So darf man doch wohl die Tatsache bezeichnen, daß ein Stadtverordneter, dessen Mandat von allen Instanzen, selbst vom Oberverwaltungsgericht für ungültig erklärt worden ist, trotzdem noch seines Amtes waltet, mitredet und mitstimmt, als ob nichts geschehen wäre. Es handelt sich um den Fall des Zentrumsführers Bickhoff in Dortmund, der auch 1912 für den Reichstag kandidierte und Vorsitzender der Zentrumspartei für den Wahlkreis Dortmund-Hörde ist. Dieser Herr, der schon früher dem Stadtkollegium angehörte, wurde bei der Neuwahl im Jahre 1911 mit einer Stimme Majorität als gewählt proklamiert gegenüber dem sozialdemokratischen Kandidaten. Bei dieser Wahl hatte das Zentrum die Wahlmogelei im großen betrieben, um das Mandat des Führers zu retten. Die Sozialdemokratie erhob aber Wahlprotest unter Beweisstellung einer großen Zahl Wahlschwindeleien. Im Wahlbureau der Zentrumspartei wurde ein Zentrumswähler verhaftet, der schon dreimal gewählt hatte. Einem sozialdemokratischen Friseur war die amtliche Wahllegitimation aus der Wohnung gestohlen. Als der Genosse zur Wahl kam, war auf seinen Namen bereits gewählt worden. Für einen Mönch, der schon fast seit Jahresfrist in einem rheinischen Kloster weilte, war trotzdem in Dortmund für das Zentrum gewählt worden. So wurden eine ganze Anzahl Fälle festgestellt. Es ist wohl in etwa 200 Fällen falsch gewählt worden, aber die Sozialdemokratie brachte sie nicht alle zur Anzeige und Beweiserhebung, um nicht die verführten Zentrumsarbeiter dem Strafrichter auszuliefern. In einigen Fällen ist ohnehin Bestrafung erfolgt. Das Stadtverordnetenkollegium erklärte den sozialdemokratischen Protest für begründet und Bickhoffs Wahl für ungültig. Bickhoff wandte sich nun an den Bezirksausschuß in Arnsberg. Dieser vernahm die Zeugen über die Wahlmogeleien eidlich, alles wurde bewiesen, worauf abermals die Ungültigkeit der Wahl Bickhoffs ausgesprochen wurde. Doch auch mit diesem Bescheid begnügte sich Bickhoff nicht, vielmehr bemühte er auch noch das Oberverwaltungsgericht. Damit war die Sache auf die lange Bank geschoben und erst anfangs Mai ds. Js. kam sie zur Entscheidung. Natürlich konnte das Oberverwaltungsgericht in diesem Falle gar nicht anders urteilen, als die Vorinstanzen: die Wahl Bickhoffs war und blieb ungültig. Den Ausgang haben die Macher vom Zentrum sicherlich vorausgewußt, aber sie wollten Zeit gewinnen. Sie wollten erreichen, daß ihr Führer Bickhoff, trotz seines ungültigen Mandats, noch volle zwei Jahre, bis zur Neuwahl im November 1913, dem Kollegium als Mitglied angehöre. Und das haben sie erreicht. Selbst das Gesetz ist auf Seiten der zertrümlichen Wahlmogler. Bickhoff, der gar nicht gewählt ist, übt dennoch sein Amt zu Unrecht aus auf Grund der Städteordnung für Westfalen. Wäre Bickhoff nicht vor dem schon Mitglied des Kollegiums gewesen, dann hätte er wegen der Ungültigkeitserklärung seines Mandats gar nicht eintreten können. Er hätte auch ausscheiden müssen nach der Ungültigkeitserklärung, wenn er Vertreter für einen andern als den 4. Wahlbezirk gewesen wäre. Da er aber für diesen 4. Bezirk zur Wahl stand, als dessen bisheriger Vertreter er galt (er ist zwar auch früher für diesen Bezirk nicht gewählt worden; bei einer neuen Abgrenzung der Wahlbezirke bestimmte ihn das Los zum Vertreter dieses Bezirks), bleibt er auch ferner Vertreter dieses Bezirks, bis eine ordnungsgemäße Neuwahl erfolgt ist. Weil nun zum Herbst die allgemeinen Neuwahlen stattfinden müssen, besteht bei der bürgerlichen Mehrheit des Kollegiums keine Neigung, vorher für das ungültige Mandat des Herrn Bickhoff eine Ersatzwahl vornehmen zu lassen. In diesem Sinne hat sich auch schon der Vorstand des Kollegiums geäußert. Der Mann mit dem ungültigen Mandat bleibt also Stadtverordneter, er wird weiter reden und stimmen, bis zum Herbst vielleicht eine gültige Wahl erfolgt. Vielleicht wissen die Zentrumsmogler das wieder zu verhindern und dann bleibt ihr Führer noch weiter Stadtverordneter ohne Mandat. Und das wäre wohl noch immer gesetzlich. Es ist aber wohl kaum anzunehmen, daß irgend ein Vertreter irgend einer anderen Partei so „treu" sich an die gesetzlichen Bestimmungen geklammert hätte, als das von Herrn Bickhoff geschehen ist. Der Fall ist ein ungeheuerlicher Skandal, auf den aber das Zentrum vielleicht noch recht stolz sein wird. Denn er läßt ja ein Mandat ausüben, das der Sozialdemokratie von Rechtswegen gehört.

Aus dem Gerichtssaal.

Zweieinhalb Jahre Gefängnis für einen Justizrat. Die Strafkammer zu Köln verurteilte den Justizrat Leyendecker zu zwei Jahren sieben Monaten Gefängnis. Leyendecker hatte, wie berichtet, 236 000 Mark Hypothekengelder, Wertpapiere und Zinsen zum Nachteil seiner Mündel unterschlagen und war nach London geflüchtet, als seine Manipulationen ans Tageslicht kamen. In London wurde er seinerzeit verhaftet. Leyendecker, der 56 Jahre alt ist, lebte weit über seine Verhältnisse, und namentlich Frauen hatten ihm viel Geld. Einer seiner Freundinnen in Elberfeld hatte er unter anderem ein Haus gekauft.

Soldatenschinder. Im Januar d. J. wurde der Vizefeldwebel Tyc in München wegen schwerer Soldatenmißhandlungen zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. In der Verhandlung stellte sich die Mitschuld der beiden Sergeanten Friedrich Dusmann und Josef Haag von der gleichen Kompagnie heraus, die sich nun ebenfalls wegen zahlreicher Mißhandlungen vor dem Kriegsgericht zu verantworten hatten. Dem Dusmann allein lagen über 80 „Einzelfälle" von vorschriftswidriger Behandlung und Beleidigung Untergebener zur Last. Dusmann wurde zu 2 Monaten und 15 Tagen und Haag zu 21 Tagen Mittelarrest verurteilt.

Der Schlußakt einer Eifersuchtstat. Das Schwurgericht in Metz verurteilte den 26jährigen italienischen Hüttenarbeiter Fosci, der bei Rostlingen Anfang des Jahres aus Eifersucht seinen Landmann, den Musiker Welde, ermordete, unter Versagung mildernder Umstände zu 10 Jahren Zuchthaus. Der Staatsanwalt hatte 15 Jahre beantragt.

Aus Nah und Fern.

Doppelselbstmord. In dem Hause Kirchbachstraße Nr. 6 in Berlin wurde der Inhaber des Zigarren-Engros-Geschäfts Kunze mit seiner Ehefrau Ernestine tot aufgefunden. Wie aus einem an das zuständige Polizeibureau gerichteten Briefe hervorgeht, sind die Ehegatten gemeinsam in den Tod gegangen. Als Grund wird unheilbare Krankheit des Mannes angegeben.

Tollkühne Fahrt eines Fliegers. Der französische Flieger Brindejonc, der am 10. Juni, morgens 4 Uhr, in Villa Coublay bei Paris aufgestiegen war, ist mittags 12 Uhr auf dem Flugplatz Johannisthal bei Berlin gelandet. Er will über Warschau nach Petersburg, um einen Preis, den Pomery-Pokal, zu gewinnen. In Johannisthal herrscht ein Sturm, daß die Flaggen auf den Schuppen in Fetzen gingen. Bald nach 12 Uhr sah man in weiter Ferne am Horizont dicht unter den wildjagenden Wolken einen schwarzen Punkt, der rasend schnell näher kam. Flieger und Mechaniker eilten aus den Schuppen, um das Unglaubliche mitanzusehen. In 1500 Meter Höhe schoß ein Eindecker heran, der von den furchtbaren Böen bald um 100 Meter in die Höhe getrieben, bald ebenso tief hinabgeschleudert wurde. Rasend schnell schoß dann die Maschine zu Boden. Brindejonc hatte die Strecke von Wanne nach Berlin, die etwa 450 Kilometer lang ist, in zwei Stunden zurückgelegt, also eine Geschwindigkeit von 225 Kilometern in der Stunde erzielt. Ueber seine Fahrt erzählt der Flieger, der vollständig erschöpft war und aus seiner Maschine herausgehoben werden mußte: Dieser Flug ist der schwerste, aber auch zugleich der schönste, den ich bisher jemals ausgeführt habe. In Paris wurde ich gewarnt, aufzusteigen. Ich startete aber trotzdem. Mit rasender Schnelligkeit schoß ich dahin, so daß ich mich kaum zu orientieren vermochte. Ich steuerte deshalb hauptsächlich nach dem Kompaß. Mit den Sturmwinden im Rücken erreichte ich Wanne, wo ich landen mußte, weil der Benzinhebel, durch den ich die Gaszufuhr regelte, gebrochen war. Die Schwierigkeiten, die ich bisher zu überwinden hatte, waren aber Spielereien gegen die Kämpfe, die ich nun auf dem Flug nach Berlin zu bestehen hatte. Furchtbare Böen warfen meinen Apparat hin und her, so daß ich mich mit der einen Hand an der Karosserie festhalten mußte, um nicht vom Sitz herunter geschleudert zu werden. Einmal wurde ich um 300 Meter herabgerissen, aber der Motor brachte mich immer wieder in die Höhe. Ich fühle keinen Knochen im Leib mehr und bin am Rücken vollkommen wund gescheuert. — Aus Johannisthal wird berichtet: Der Flieger Brindejonc ist um 3 Uhr 57 Minuten wieder aufgestiegen und hat östlichen Kurs genommen. Er ist dann nach einer glücklichen Fahrt abends kurz nach 7 Uhr in Warschau gelandet. Mit dieser Leistung hat er alle bisherigen Flüge um den Pomery-Pokal übertroffen. Bis jetzt haben sich fünfzehn französische Flieger um diesen Preis beworben, die geringste Leistung in dem Wettbewerb beträgt dreihundert Kilometer, die beste, außer Brindejoncs, 1253 Kilometer. Die Strecke Paris-Warschau beträgt 1450 Kilometer. Brindejonc befindet sich also gegenwärtig an der Spitze der Konkurrenten. Interessant ist es, die Schnelligkeiten zu vergleichen, die er auf den verschiedenen Etappen innegehalten hat. Von Paris bis nach Wanne flog er durchschnittlich mit einer Geschwindigkeit von 158 Kilometern, von Wanne nach Berlin mit 225 Kilometern und von Berlin nach Warschau mit einer Schnelligkeit von 139 Stundenkilometern. Die reine Flugzeit beträgt 10 Stunden 20 Minuten, die ganze Zeit, die Brindejonc zur Bewältigung dieser Strecke brauchte, 14 Stunden 15 Minuten. Der schnellste Zug von Paris nach Warschau braucht 28 Stunden, das Flugzeug hat also mit dem Aufenthalt nur die Hälfte der Zeit benötigt.

Die letzte Ehrung des Mordopfers. Das Begräbnis des Frauendorfer Opfers vollzog sich Dienstag, nachmittags 3 Uhr unter massenhafter Beteiligung der Stettiner Arbeiterbevölkerung. Schon um 1 Uhr erhielten die nach Frauendorf führenden Straßen ein eigenartiges Gepräge. Die Arbeiterscharen eilten nach dem Tatorte, um dem erstochenen Kameraden die letzte Ehre zu erweisen. Auf der Vulkanwerft hatte die Direktion einen Anschlag angeheftet, wonach 1[illegible] Prozent der Belegschaft die Erlaubnis zur Teilnahme an den Trauergefolge erhielt. Aber die Arbeiter ließen sich nicht vorschreiben, in welchem Maße sie dem Toten das letzte Geleit geben sollten. Auf den Werften ruhte die Arbeit am Nachmittage fast vollständig und auch in einigen Fabriken standen die Räder still. Um 2 Uhr nahmen die Massen vor dem Trauerhause Aufstellung und als sich nach 2½ Uhr der Zug nach dem Friedhofe, in dem Reinhold Kühl in der Leichenhalle aufgebahrt war, in Bewegung setzte, dehnte er sich an der bestreikten Fabrik vorbei zur nahen Ortschaft Gotzlow aus. An 10000 Proletarier erwiesen dem Opfer des Mordbuben die letzte Ehre. Der kleine Friedhof erwies sich als viel zu klein, um das ganze Trauergefolge aufzunehmen und viele Tausende säumten die Wege ein. Es war ein ergreifender Moment, als der Sarg in die Gruft gesenkt wurde. Den Leidtragenden schnitt der Jammer der Witwe — ein schwächliches, krankes, invalides Weib — und der trostlosen Mutter des Verschiedenen ins Herz. Zahlreiche Kränze häuften sich über der frischen Gruft. Als sich der Friedhof langsam leerte, schlugen die Massen impulsiv einen Weg ein, der sie an der Weißschen Zichorienfabrik vorüberführte. In ruhiger Würde zogen die Demonstranten dort vorüber, nicht die geringste Störung ereignete sich, so daß die zahlreich aufgebotene Gendarmerie zwecklos umherstand. Das Begräbnis wurde zu einer Demonstration, die allen Teilnehmern in dauernder Erinnerung bleiben wird.

Über das Automobilattentat auf der Chaussee Potsdam-Berlin wird noch gemeldet, daß in Nikolassee zwei Männer festgenommen wurden, die nachts vorher in der Alten Fischerhütte bei Schlachtensee einen Einbruch verübt haben. Man hält es nicht für ausgeschlossen, daß sie als die Attentäter in Betracht kommen. Sie wurden im Automobil an den Tatort gebracht. Beide leugnen jedoch, und ein Beweis gegen sie liegt nicht vor.

Das Opfer der Bienen. Der 67 Jahre alte Rentier Dobreck in Danzig wurde von einem Bienenschwarm, dessen Stock er arbeitete, so zerstochen, daß er an den Folgen starb.

Selbstmordversuch eines Zahlmeisters und seiner Frau. In Königsberg i. Pr. hat sich gestern ein Ehedrama abgespielt. Der Oberzahlmeister eines Königsberger Regiments und seine Frau versuchten sich gestern, wie die „Hartungsche Zeitung" berichtet, zu erschießen. Die Frau brachte sich in Abwesenheit ihres Mannes, der sich im Dienst befand, eine schwere Verletzung durch einen Schuß in die Brust bei. Der Oberzahlmeister wurde nach Hause geholt und schoß sich, da er glaubte, seine Frau sei tot, gleichfalls eine Kugel in die Brust. Er wurde ins Garnisonlazarett gebracht, seine Frau ins Krankenhaus. Über das Motiv des Selbstmordversuches der Frau ist noch nichts Näheres bekannt.

Totschlag an Wandervögeln. Eine Gruppe junger Leute, Wandervögel, wurde bei Neustadt in Westpreußen von andern Burschen so verprügelt, daß der 22 Jahre alte Seminarist Karnath an den erhaltenen Verletzungen starb. Der Täter ist der 19 Jahre alte Sohn eines Schuldieners aus Neustadt.

Graf Kwilecki. In dem langwierigen Rechtsstreit der früheren Bahnwärterfrau Cäcilie Meyer gegen den Grafen Kwilecki auf Herausgabe des Grafen Joseph Kwilecki wurde die Klägerin, die behauptet hatte, daß der junge Graf mit ihrem unehelich geborenen Sohn identisch sei, und auf Anerkennung dieser Behauptung klagte, von der zweiten Zivilkammer des Landgerichts Breslau kostenpflichtig abgewiesen.

Freche Burschen. Nachts wurde in dem Hause des Weingutsbesitzers Brenner in Wiesloch bei Karlsruhe ein frecher Raubüberfall verübt. Wie die „Oberrheinische Korrespondenz" meldet, drangen Diebe, mit Dolchen und Knütteln bewaffnet, in das Schlafzimmer des Gutsbesitzers ein und verlangten Geld. Brenner erklärte, daß er in der Villa kein Geld habe. Darauf forderten die Räuber ihn auf, aufzustehen und mit ihnen ins Geschäft zu gehen. Dort raubten sie den Kassenbestand von etwa 500 Mark sowie eine Anzahl Uhren und sonstige Wertsachen. Bisher konnten die Räuber noch nicht verhaftet werden.

Kollision zweier Autos. Bei einer Versuchsfahrt vor einem Automobilrennen in Madrid kollidierten zwei Rennwagen. Das eine Automobil wurde von einem Franzosen und das andere von einem Deutschen gesteuert. Der Franzose erlitt einen schweren Beinbruch, der Deutsche einen Bruch der unteren Kinnlade sowie eine Gehirnerschütterung.

Schwere Bluttat eines Lebensmüden. Aus Lugos in Ungarn wird gemeldet: Der Landwirt Sajek wollte sich erhängen, seine Frau bemerkte dies aber rechtzeitig und schnitt ihn ab. Hierüber war Sajek so erbost, daß er eine Hacke ergriff und seine Frau und vier Kinder erschlug und sein Haus anzündete. Er ist verhaftet worden.

Verschüttet. Beim Bau eines Zementbrunnens im pommerschen Dorfe Alt-Prochnow stieg der Baumeister Hoffmann in diesen hinein. Plötzlich stürzte die Versteifung zusammen und Hoffmann wurde unter den Erdmassen begraben. Erst nach mehr als 12stündiger Arbeit gelang es, bis zu dem Verunglückten vorzudringen; doch war Hoffmann, der noch eine Stunde vorher Lebenszeichen von sich gegeben hatte, bereits tot.

Kindesmißhandlung durch Polizisten. Ein brutales Amtsverbrechen haben sich nach einem Bericht der „Frankfurter Ztg." zwei im Pforzheimer Stadtteil Dillweißenstein stationierte Schutzleute zuschulden kommen lassen. Sie haben einen zehnjährigen Knaben, der verdächtigt wurde, aus einem von ihm gefundenen Geldbeutel 15 Mark unterschlagen zu haben, derart mißhandelt, daß der Knabe nicht nur das gewünschte Geständnis machte, obgleich er gar nichts genommen haben soll, sondern auch in der Verzweiflung, als ihn ein Schutzmann eskortierte, um das angebliche Versteck des Geldes zu zeigen, von der 13½ Meter hohen Nagoldbrücke herabsprang. Das Kind, das merkwürdigerweise dabei mit dem Leben davonkam, erlitt eine schwere Kopfverletzung und hat den rechten Oberschenkel, sowie beide Füße gebrochen. Im „Pforzheimer Anzeiger" gibt der Vater des Kindes, Goldarbeiter August Lindner in Dillweißenstein, nachstehende Schilderung des fast unglaublichen Vorfalls: „Am Sonntag war Tanzvergnügen im Gasthaus zum „Rabeneck". Dabei machte sich einer der Teilnehmer der aus Pforzheim gekommenen Tanzgesellschaft, ein junger Kaufmann, dadurch bemerkbar, daß er im Lokal umherlief und klagte, daß er sein Portemonnaie verloren habe. Wer es finde, dem gebe er, wie er einem Friseur sagte, 30 Mark. Am Montag fand nun mein zehnjähriger Sohn Max das Portemonnaie im Hof des Gasthauses zum „Rabeneck". Die dreizehnjährige Tochter Emilie des Wirtes war dabei, nahm dem Kleinen das Portemonnaie ab und gab es ihrer Mutter, die es einem Freunde des Verlierers einhändigte. In dem Portemonnaie waren 152 Mark. Da ich einige Tage von der Sache nichts hörte, sagte ich einem Schutzmann, er solle doch einmal danach sehen, ob alles in Ordnung sei, auch komme doch dem Finder etwas zu. Als der Schutzmann nun mit dem Verlustträger Rücksprache nahm, stellte dieser die Behauptung auf, daß 15 Mark am Geld gefehlt hätten. Diese Behauptung war um so auffälliger, als er doch am Sonntag, als er nach dem verlorenen Portemonnaie suchte, den Inhalt selbst auf 120 bis 140 Mark geschätzt hatte. Der Schutzmann Kniele nahm sich nun der Sache an. Er holte meinen Max aus der Schule hinweg in die Polizeiwache, und wie mir mein Kind, als ich es im Krankenhaus Siloah besuchte, erzählte, hat der Schutzmann es in schroffster Weise angefahren, es solle das Geld herausgeben. Als das Kind versicherte, daß es kein Geld habe, wurde es vom Schutzmann aufs Bett geworfen und mit einem Gummischlauch geschlagen. Dann führte der Schutzmann den Kleinen in meine Wohnung und forderte ihn auf, nach dem Geld zu suchen. Als meine Frau dazu kam, war die Wohnung durchstöbert; der Schutzmann saß da und hatte den Gummischlauch in der Hand. Meine Frau ermahnte den Kleinen, es zu sagen, wenn er etwas aus dem Portemonnaie genommen habe; sonst bekomme er Schläge vom Schutzmann und werde eingesperrt. Der Kleine jammerte, der Schutzmann habe ihn schon so geschlagen, daß er kaum stehen könne, was auch der Schutzmann bestätigte, indem er den Gummischlauch schwingend, sagte: Ich hab ihm schon gegeben, er hat schon gekriegt. Der Kleine war vor Angst ganz sinnlos. Er wurde vom Schutzmann wieder in die Polizeiwache geführt und dort mit Einsperren bedroht. Um nur wieder heimzukommen, gab der Kleine, nachdem das Hin und Her schon fast eine Stunde gedauert hatte, zu, das Geld in der Wohnung versteckt zu haben. Er wurde vom Schutzmann nun laufen gelassen, daß er das Geld hole. Doch kam der Schutzmann wieder hinter dem Kinde her, und nun tat der aufgeregte, mißhandelte Kleine den verzweifelten Sprung von der Brücke." Die vom Staatsanwalt auf Antrag des Vaters eingeleitete Untersuchung soll bis jetzt im wesentlichen die Richtigkeit vorstehender Darstellung ergeben haben! Sie richtet sich gegen die Schutzleute Gottlieb Doty und Johannes Kniele.

Fünf Personen verbrannt. In Mohilew (Rußland) sind 175 Wohnhäuser und in Punowice 54 Wohnhäuser abgebrannt. Fünf Personen, darunter ein Hundertjähriger, sind dabei ums Leben gekommen.

Vom Blitz erschlagen wurden in Lekzyte an der russischen Grenze fünf Personen.

Die Opfer der Hanauer Typhusepidemie. Wie dem „Berliner Tageblatt" aus Hanau gemeldet wird, ist die Typhusepidemie, die seit Dezember vorigen Jahres das erste Bataillon des Eisenbahnregiments Nr. 3 heimgesucht hat, erloschen. Gleichwohl sind noch einige Soldaten an Rückfällen und Folgeerscheinungen der Krankheit in ärztlicher Behandlung. Einer dieser Kranken, der Pionier Heß von der 1. Kompagnie, der am 17. Dezember vorigen Jahres an Typhus erkrankte, ist jetzt, nachdem Rippenfellentzündung hinzugetreten war, gestorben. Die Typhusepidemie beim ersten Bataillon des Eisenbahnregiments Nr. 3 in Hanau hat somit 23 Todesfälle im Gefolge gehabt. Es sind insgesamt 19 aktiv dienende Soldaten gestorben, ferner vier Reservisten, die nach Ableistung ihrer Uebung beim Truppenteil in ihre Heimat zurückgekehrt und dort erkrankt waren. Ueber die eigentlichen Ursachen der Epidemie und darüber, ob Vorbeugungsmaßregeln getroffen sind, daß sich solch schwere und zahlreiche Fälle nicht wiederholen, verlautet in der Oeffentlichkeit nichts.

Den Lehrer erschossen. Im Lemberger Lehrerseminar erschoß der ruthenische Schüler Dzegala seinen Lehrer Professor Gutkowski. Der Mörder war nach Beendigung des Unterrichts ins Lehrerzimmer zurückgekehrt und hatte fünf Schüsse auf den Professor abgegeben.

Tragödie im Hotel. In Genf hat sich gestern ein Holländer namens Leon Koster in seinem Hotelzimmer vor den Augen der Polizisten, die ihn wegen Unterschlagungen verhaften wollten, erschossen. Ein junges Mädchen, das sich in Gesellschaft Kosters befand, angeblich seine Schwägerin, bekam einen Nervenchoc und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Koster stammt aus Leuwarden. Er ist der Sohn eines Millionärs und hat in Monte Carlo bedeutende Unterschlagungen begangen.

Eine geheimnisvolle Mordaffäre beschäftigt die Mainzer Polizeibehörde. Vor etwa zwei Monaten ist aus Mainz der Krankenkassenrechner Franz Beaury spurlos verschwunden. Ein Selbstmord erschien ausgeschlossen. Eine Kontrolle der Kasse ergab keinerlei Unregelmäßigkeiten. Jetzt hat ein Hirt die Leiche des Kassenrechners bei St. Goar gefunden. Da Mantel, Rock und Wertsachen Beaurys fehlen, so wird angenommen, daß Beaury einem Raubmord zum Opfer gefallen ist.

Genossenschaftsbewegung.

Eine sozialistische Arbeitsgenossenschaft ungarischer Landarbeiter. Aus Budapest wird geschrieben: Die Dezentralisation der landwirtschaftlichen Arbeit, die niedrige Kulturstufe der Landproletarier, sowie die brutale Herrschaft der Agrarier haben bisher der ungarischen Landarbeiterbewegung große Hindernisse in den Weg gelegt. Es wurde daher wiederholt versucht, neben der gewerkschaftlichen Organisation noch andere Mittel anzuwenden, um die breite Schicht der ungarischen Proletarier, die Landarbeiter, den Organisationen zuzuführen. Vor kurzem wurde nun mit Unterstützung der Parteileitung und der Gewerkschaften eine sozialistische Landarbeiter-Genossenschaft ins Leben gerufen, die diesen Zweck verfolgt. Durch gemeinschaftliche Übernahme von Landarbeiten, von Eisenbahndammbauten, die bis jetzt von kapitalistischen Unternehmern zur Ausführung übernommen wurden, wobei sie durch die Ausschaltung des Zwischenunternehmers ihre Lage erheblich verbessern können. Daß die Landarbeiter mit großem Idealismus ans Werk gehn, um die Ziele der Genossenschaft zu verwirklichen, zeigt folgende Arbeitsordnung, die sich 39 Landarbeiter, von der Genossenschaft beim Bau eines Eisenbahndammes beschäftigt, gegeben haben:

Die Speisen werden durch eine gemeinschaftliche Küche zubereitet. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden. Die Arbeiten müssen gewissenhaft ausgeführt werden, die Stärkeren haben auf die Schwächeren Rücksicht zu nehmen. Es ist nicht gestattet, während der Arbeit Unterhaltungen zu führen. Die Arbeiter sind verpflichtet, die gegenseitige Achtung zu pflegen. Ein jeder hat auf Reinlichkeit zu schauen. Das Schuldenmachen oder der Verkauf von Habseligkeiten ist verboten. Hasardspiel ist untersagt. Alkoholische Getränke sind zu meiden. Es ist verboten, sich über fremde Leute, die die Arbeitsstätte passieren, lustig zu machen. Desgleichen ist es nicht gestattet, die religiösen Gefühle der Ortsbewohner zu verletzen. Am Sonntag nachmittag um 3 Uhr werden wissenschaftliche Vorträge gehalten, woran sämtliche Arbeiter teilzunehmen haben. Derjenige, der sich dieser Arbeitsordnung nicht fügt, wird am Zahltage von den Vertrauensleuten entlassen. Dagegen ist es jedem erlaubt, der die Disziplin nicht einhalten will, sofort auszutreten.

Die Zukunft wird lehren, ob diese sozialistische Genossenschaft, die übrigens im raschen Aufblühen begriffen ist, zu einem wirklichen Faktor wird im Befreiungskampfe des ungarischen Proletariats.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 11. Juni.

Bauern-Butter Pfd. 1,15—1,20 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,30 Mk., Hasen 0,00 Mk., Enten 0,00—0,00 Mk. Hühner 2,00—3,00 Mk., Küken Stück 1,20—1,60 Mk., Tauben Stück 60—70 Pf., Gänse Pfd. Pfg., Schinken Pfd. 1,20-1,25 Mk., Schweinskopf pr. Pfd. 60-70 Pfg., Wurst, geräuchert, Pfd. 1,50—1,60 Mk., Eier Stck. 7—7½ Pfg., Kartoffeln 10 Pfd. 40 bis 50 Pfg. Spargel 1. Sorte 70—00 Pf., 2. Sorte 50—60 Pf., 3. S. 30—40 Pfg., Blumenkohl der Kopf 30—50 Pfg., Kirschen, hiesige, Pfd. 50 Pfg., eingeschickte, Pfd. 50 Pf. **Lebende Süßwasserfische:** Schleie, Portionsschleie Pfd. 1,40, größere Pfd. 1,20 Mk., Karpfen, größere Pfd. —,— Mk., kleinere — Pfg., Aal, große Pfd. 1,00 Mk., mittlere Pfd. 70—80 Pfg., kleine Pfd. 40—50 Pfg., Karautschen Pfd. 80 Pfg., Hechte, große Pfd. 00—50 Pfg., mittel 70 Pfg., Barsche Pfd. 60—70 Pfg., Brachsen, gr. Pfd. 60—70 Pfg., kleine Pfd. — Pfg., Aland Pfd. — Pfg., Rotaugen, große Pfd. 25—30 Pfg., kleine Pfd. 20 Pfg., Krebse Pfd. — Pfg. **Salzwasserfische:** Dorsche, lebende Pfd. — Pfg., frische Pfd. 30—35 Pfg., Butte, größere Pfd. 40 Pfg., kleinere 25—30 Pfg., Steinbutt, lebende Pfd. 60—80 Pfg.

Getreidepreise.

Lübeck, 11. Juni 1913

	gering Mk.	mittel Mk.	gut Mk.
Weizen		17,50—19,00	
Roggen	14,00—15,00	15,20—16,00	16,20—[illegible]
Gerste, nach Qualität	15,00—15,50	15,60—16,20	
Hafer, nach Qualität	13,50—14,50	15,00—16,70	

hochfein über Notiz, per 100 kg.

Butter-Notierungen
d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.

Hamburg, 11. Juni.

1. Klasse 983 Drittel zu 110,17 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 113 „ „ 103,00 Mk. „ „

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 11. Juni.

Auftrieb 2056 Schweine. Markt langsam geräumt.

Es wurde gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara:

Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., —,— bis 64,— (—,— bis 51,—), mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., —,— bis 64,— (—,— bis 51,—), Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 65,00 bis 66,00 (50,50 bis 51,50), gute leichte Ware unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 65,— bis 66,— (50,50 bis 51,50), geringere Ware, Tara 24 Proz., 60,— bis 64,— (45,50 bis 48,50), Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., —,— bis 59,— (—,— bis 47,—), Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 52,— bis 57,— (40,50 bis 44,50).

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

:: Komitee- und ::
Kommissionssitzungen

Sitzung
der erweiterten Kommission vom Gewerkschaftshaus
am Freitag, dem 13. Juni, abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
(4556)

Saubere Frau
sucht für 1—2 Stunden Beschäftig. Angebote unter **R A.** (4540)

2-Zimmer-Wohnung
zum 1. Juli zu vermieten. Näheres Leipzigerstraße 5. (4559)

[illegible] z. 1. Oktober eine **2-Stuben-Wohnung** vor dem [illegible]. Angebote unt. **J M** an die Exp. d. Bl. (4544)

Gut erh. Sitz- und Liegewagen, [illegible] auf Gummi, für **12 Mk.** zu verk. (4550) [illegible]

Kinderwagen auf Gummi und eine Waschbalge
zu verkaufen. (4552) [illegible]

Vorwärts Bibliothek
Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk

Erweckt Ein Roman aus dem Proletarierleben von A. Ger
Der Ausweg Eine Erzählung von Ernst Preczang
Das Land der Zukunft Reisebeschreibung von Leo Kolisch. Mit einer Einleitung von Paul Göhre
Verschrobenes Volk von R. Grötzsch.
Der Prinzipienreiter Eine Erzählung aus dem Jahre 1848 von Wilhelm Blos
In den Tod getrieben Zwei Erzählungen v. Ernst Preczang
Der Pariser Garten und anderes. Von Minna Kautsky
Mutter Ein Frauenschicksal von Joh. Ferch

Jeder Band gut gebunden 1 Mark
Die Vorwärts Bibliothek ist die geeignetste Unterhaltungslektüre für jede Arbeiterfamilie

Zu beziehen durch Friedr. Meyer & Co., Lübeck.

Zu verkaufen ein Haus mit 3 abgeschl. 3-Zimmer-Wohnungen, tiefem separaten Hintergarten beim Mühlhaus, für 16000 Mk. Mieteertrag 970 Mk. (4557
E. Stegemann, Geverdesstr. 14, part.

Gangbude mit Hofplatz in der Fischergrube billig zu verk.
3854) Pferdemarkt 17, I.

Zu verk.: **Garderobenständer** 2 Mk., **Sommerzeug** für 10jährig. Knaben, hb. schwarzes **Kleid,** Gr. 42, 15 Mk. (4549) Untertrave 26/35.

Zu verkaufen: **Sofa, gr. Kleiderschrank und starker Kinderwagen.**
4543) Helenenstr. 10.

Kl. grauer Spitz, vorzüglich als Wagenhund, sehr wachsam.
4554) Untertrave 21, I. Et., vorn.

Gesucht ein Waschküchenherd od. Waschkessel mit Heizung.
4541) Off. u. **B. L.**

Verloren von einem Laufmädchen **585 Mk.** in Kassenscheinen v. d. Gr. Petersgrube bis zur Fackenburger Allee. Abzug. geg. Belohn. (4548) Waisenhofstr. 25.

Verloren ein Portemonnaie mit Inhalt in Stockelsdorf von Ahrensböker Straße 18 bis zum Rathaus. Gegen Belohnung abzugeben daselbst im Rathaus. (4561

Ein **Damenschirm** in der L.-B. Eisenb. steh. gebl., geg. Bel. abzug.
4555) Sedanstraße 26b.
Daselbst werd. Strümpfe angestr.